Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Reinh. Drescher, für die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Pollender, Leipzig. — Verl. der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postanstalten vierteljährl. 2.70 M. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: Die 7gesp. Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate v. auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 232. **Halle, Montag den 7. Oktober 1918.** **2. Jahrgang.**

Das Programm der neuen Regierung

Die Rede des Reichskanzlers.

Unbedingtes Bekenntnis zur parlamentarischen Regierung. — Das Friedensangebot an Wilson.

(192. Sitzung.)

Am Bundesratstisch Reichskanzler Prinz Max von Baden, v. Payer, Dr. Solf, v. Krause, Graf Roedern, Rüblin, v. Stein, Dr. Friedberg, Drews, Gröber, Scheidemann, Erzberger, Bauer.

Der Sitzungssaal ist voll besetzt. Die Estraden für den Bundesrat und sämtliche Zuhörertribünen sind überfüllt.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 5¼ Uhr.

Das Andenken des verstorbenen Abg. Hirsch-Essen (Natl.) wird in der üblichen Weise geehrt. Die Abgg. v. Bonin und v. Vollmar haben ihr Mandat niedergelegt. Von der Entnehmung des Grafen Hertling von seinen Aemtern und von der am 3. Oktober vollzogenen Ernennung des Prinzen Max von Baden zum Reichskanzler wird durch Verlesung der kaiserlichen Erlasse dem Reichstag amtlich Kenntnis gegeben.

Präsident Fehrenbach: Meine Herren! Dem stürmischen Andringen unserer Feinde und ihrer zahlreichen Hilfsvölker hat unsere tapfere Armee im Westen einen Wall entgegengesetzt. Wir haben die feste Zuversicht, daß es dem Feinde auch in Zukunft nicht gelingen wird, dieser Schutzwehr Herr zu werden. (Lebhaftes Bravo!) Den tapferen Kriegern gilt unser Gruß und der Dank des Vaterlandes. (Erneuter Beifall.) Im Osten haben die Armeen unserer Verbündeten schwere Niederlagen erlitten. Bulgarien ist aus dem Vierbund ausgeschieden und hat einen Waffenstillstand abgeschlossen. Im Innern hat Graf Hertling die erbetene Entlassung aus dem Reichskanzleramt erhalten. Hoch soll es seiner politischen Weisheit und seinem vaterländischen Sinn angerechnet werden, daß er die neuen Wege, die er selbst nicht mehr gehen konnte, angeraten und geebnet hat. (Bravo!). Ihm wird der Reichstag und das deutsche Volk Anerkennung zollen und treues und dankbares Gedenken bewahren. Vor uns steht in mannigfacher Veränderung eine neue Regierung. Von ihr hoffen wir zuversichtlich, daß sie in immer engerer Fühlungnahme mit dem Volk und nur bedacht auf das Wohl des Volkes ihres hohen und schwierigen Amtes walten möge. (Bravo!) Eine neue Zeit im politischen Leben des deutschen Volkes ist angebrochen. Selbstverständlich ist, daß manche Kreise dieser neuen Zeit kritisch, zögernd, ja sogar ablehnend gegenüberstehen. Von dieser neuen Zeit erhoffen wir eine versöhnende und klärende Wirkung. Meine Herren! Der Name des neuen Kanzlers hat einen guten Klang in der ganzen Welt. Seine freiheitliche Gesinnung, sein Ansehen, sein Vertrauen auf die Menschheit sind solide Grundlagen für seine künftige Wirksamkeit. Den Schwergeprüften dieser Kriegsjahre, den Verwundeten und Gefangenen ist er in warmer Anteilnahme vielfach näher getreten und hat sich dadurch auch den Dank bei den Feinden erworben. Wäge Gottes Schutz auf der Arbeit der neuen Regierung und des Reichstages ruhen. (Lebhafter Beifall.)

Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme von Mitteilungen von seiten des Reichskanzlers.

Reichskanzler Prinz Max von Baden:

Gemäß dem kaiserlichen Erlaß vom 30. September hat das Deutsche Reich

eine grundlegende Umgestaltung seiner politischen Leitung

erfahren. Als Nachfolger des um sein Vaterland aufs höchste verdienten Grafen von Hertling bin ich von S. M. dem Kaiser an die Spitze der neuen Regierung berufen worden. Es entspricht dem Wesen der **nunmehr bei uns eingeführten Regierungsweise**, daß ich im Reichstag ohne Verzug vor der Oeffentlichkeit die Grundsätze darlege, nach denen ich mein verantwortungsschweres Amt zu führen gedenke. Diese Grundsätze sind, bevor ich mich zu der Uebernahme der Kanzlergeschäfte entschloß,

im Einvernehmen mit den verbündeten Regierungen und mit den Führern der Mehrheitsparteien dieses hohen Hauses festgelegt

worden.

Sie enthalten mithin nicht nur mein eigenes politisches Glaubensbekenntnis, sondern auch das des weit überwiegenden Teiles der deutschen Volksvertretung, also der deutschen Nation, die dem Reichstag auf Grund des allgemeinen gleichen und geheimen Wahlrechts nach ihrem Wunsch zusammengesetzt hat.

Nur die Tatsache, daß ich die Ueberzeugung und den Willen der Mehrheit des Volkes hinter mir weiß, hat mir die Kraft gegeben, in der schweren und ernsten Zeit, die wir miteinander erleben, die Leitung der Reichsgeschäfte auf mich zu nehmen.

Die Schultern eines einzelnen waren zu schwach, um allein die ungeheure Verantwortung tragen zu können, die der Regierung in der Gegenwart zufällt. **Nur wenn das Volk an der Bestimmung seiner Geschicke im weitesten Umfange tätig Anteil nimmt, die Verantwortlichkeit sich also mit auf die Mehrheit seiner frei erwählten politischen Führer erstreckt, kann der leitende Staatsmann seinen Anteil an ihr im Dienste des Volkes und Vaterlandes mit Zuversicht übernehmen.**

Der Entschluß, dies zu tun, ist mir besonders dadurch erleichtert worden, daß **in der neuen Regierung auch maßgebende Vertrauensmänner der Arbeiterschaft zu den höchsten Aemtern im Reiche gelangt** sind. Ich sehe darin die sichere Bürgschaft dafür, daß die neue Regierung von dem festen Vertrauen der breiten Massen des Volkes getragen ist, ohne dessen überzeugungstreue Gefolgschaft ihr ganzes Handeln von vornherein zum Mißlingen verurteilt wäre.

Was ich heute hier ausspreche, sage ich also nicht nur in meinem Namen und im Namen meiner verantwortlichen Mitarbeiter, **sondern auch im Namen des deutschen Volkes.**

Das

Programm der Mehrheitsparteien,

auf das ich mich stütze, enthält zunächst **ein Bekenntnis zu der Antwort der früheren Reichsregierung auf die Note des Papstes vom 1. August 1917 und**

die bedingungslose Zustimmung zu der Entschließung vom 19. Juli desselben Jahres.

Es bekundet ferner die **Bereitwilligkeit, sich einem allgemeinen Bund der Völker auf Grund der Gleichberechtigung aller, also der Starken und Schwachen, anzuschließen.**

Die Lösung der vielumstrittenen belgischen Frage sieht es in der **völligen Wiederherstellung Belgiens**, insbesondere seiner Unabhängigkeit und seines Gebietsumfanges. Auch eine **Verständigung über die Entschädigungsfrage** soll angestrebt werden.

Die bisher geschlossenen Friedensverträge will das Programm zu keinem Hindernis für den allgemeinen Friedensschluß werden lassen.

Es strebt im Besonderen an, daß sich in den baltischen Landen, in Litauen und Polen alsbald **auf breiter Grundlage Volksvertretungen bilden.** Das Zustandekommen der dazu nötigen Voraussetzungen wollen wir ohne Verzug durch die Einführung von Zivilverwaltungen fördern. Ihre Verfassung und die Beziehungen zu den Nachbarländern sollen **jene Gebiete selbständig regeln.**

In der

inneren Politik

habe ich durch die Methode, in der sich die Regierungsänderung vollzog, klare und feste Stellung genommen. Auf meinen Vorschlag sind die Führer der Mehrheitsparteien zu meinen unmittelbaren Ratgebern berufen worden.

Meine Herren! Ich war der Ueberzeugung, daß die Einheitlichkeit der Reichsleitung nicht nur gewährleistet werden sollte durch die bloße schematische Parteizugehörigkeit der einzelnen Regierungsmitglieder, sondern ich hielt für fast noch wichtiger die Einheitlichkeit der Gesinnung. Von diesem Gesichtspunkt bin ich ausgegangen, auch bei der Wahl meiner Mitarbeiter, die nicht dem Parlament angehören. Ich habe das größte Gewicht darauf gelegt, daß die Mitglieder der neuen Reichsleitung **auf dem Standpunkt eines Rechtsfriedens stehen, unabhängig von der Kriegslage,** daß sie sich zu diesem Standpunkt auch öffentlich bekannt haben in einem Zeitpunkt, da wir auf dem Höhepunkt unserer militärischen Erfolge standen.

Meine Herren! Ich bin überzeugt, daß die Art, in der jetzt die Reichsleitung unter Mitwirkung des Reichstages gebildet worden ist, **nicht etwas Vorübergehendes darstellt,** und daß im Frieden eine Regierung nicht wieder gebildet werden kann, die sich nicht stützt auf den Reichstag und die nicht aus ihm führende Männer entnimmt. Der Krieg hat uns über das alte, vielfach zerrissene Parteileben hinausgeführt, das es so sehr erschwerte, einen einheitlichen, geschlossenen politischen Willen zur Durchführung zu bringen.

Mehrheitsbildung heißt politische Willensbildung, und ein unbestreitbares Ergebnis des Krieges ist, daß in Deutschland zum erstenmal große Parteien sich zu einem festen einheitlichen Programm zusammengeschlossen haben und damit in die Lage gekommen sind, das Schicksal des Volkes von sich aus mitzubestimmen. Dieser Gedanke wird niemals erlöschen, die Entwicklung niemals rückgängig gemacht werden. Dabei vertraue ich, daß, solange Deutschlands Geschick von Gefahren umbrandet ist, auch die außerhalb der Mehrheit stehenden Volkskreise und der Vertreter, die nicht der Reichsleitung angehören, alles Trennende zurückstellen und dem Vaterlande geben, was ihm heute gebührt.

Diese Entwicklung macht eine Aenderung unserer verfassungsrechtlichen Vorschriften im Sinne des kaiserlichen Erlasses vom 30. September erforderlich, **die es ermöglicht, daß diejenigen Mitglieder des Reichstages, die in die Reichsleitung eintreten, ihren Sitz im Reichstage behalten.** Eine entsprechende Vorlage ist dem Bundesrat zugegangen und wird Ihrer Beschlußfassung unverzüglich unterbreitet werden.

Meine Herren! Bleiben wir eingedenk der Worte, die der Kaiser am 4. August 1914 gesprochen und die ich im Dezember vorigen Jahres in Karlsruhe in die Worte faßen durfte: „Wohl gibt es Parteien, aber es sind alles Deutsche". (Beifall.) Unter dem Zeichen dieses Kaiserwortes muß sich auch **die politische Entwicklung in dem führenden deutschen Bundesstaat Preußen vollziehen,** und die Botschaften des Königs von Preußen, die das **demokratische Wahlrecht** versprechen, müssen **schnell und restlos erfüllt** werden. (Beifall.) Die

preußische Wahlrechtsfrage ist bei der überragenden Stellung Preußens eine deutsche Frage.

(Zustimmung.) Ich zweifle nicht, daß auch die Bundesstaaten, die in der Entwicklung ihrer verfassungsmäßigen Zustände noch zurückstehen, **dem preußischen Beispiel entschlossen folgen werden.** (Beifall.) Dabei halte ich unerschütterlich fest an den föderativen Grundlagen des Reiches als eines Bundesstaates, dessen einzelne Glieder ihr inneres Verfassungsleben in voller Selbständigkeit bestimmen, ein Recht, auf **das auch Elsaß-Lothringen vollen** Anspruch hat. (Beifall.) Dieselbe Selbständigkeit und Vielfältigkeit des Lebens in den einzelnen Bundesstaaten, das enge Treuverhältnis, das jeden Deutschen mit seiner Heimat und seinem Landesherrn verbindet, sind die Quellen, aus denen die unerschütterliche Kraft, die Vaterlandsliebe und Opferfreudigkeit des deutschen Volkes während des ganzen Krieges geflossen sind. Durch die ganze Kriegszeit haben sich die Klagen hindurchgezogen **über die Handhabung des Belagerungszustandes.** Sie haben trennend und verstimmend gewirkt und die freudige Mitarbeit an den schweren Aufgaben der Kriegszeit gehemmt. (Sehr richtig.) Bis auf weiteres können, wie das Beispiel aller kriegführenden Staaten lehrt, die außerordentlichen Machtbefugnisse **nicht entbehrt** werden, die der Belagerungszustand verleiht; aber es muß ein enges Verhältnis zwischen den Militär- und den Zivilbehörden hergestellt werden, das er ermöglicht, daß **in allen nicht rein militärischen Angelegenheiten,** also besonders auf dem Gebiet der **Zensur, des Vereins- und Versammlungswesens, der Gesichtspunkt der zivilen Verwaltungsbehörden maßgebend zur Geltung kommt,** und daß die Entscheidung letzten Endes **unter die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers gestellt** wird. (Beifall.) Zu diesem Zwecke wird **ein Befehl des Kaisers an die Militärbefehlshaber gehen** und die kaiserliche Verordnung vom 4. Dezember 1916 unverzüglich entsprechend ausgebaut werden.

Mit dem 30. September 1918, dem Tage des Erlasses, beginnt

eine neue Epoche in Deutschlands innerer Geschichte.

(Beifall.) Die innere Politik, die damit in ihren Grundzügen vorgezeichnet ist, ist von entscheidender Bedeutung für die Fragen über Krieg und Frieden. Die Stoßkraft, die die Regierung in ihren Bestrebungen um den Frieden hat, hängt davon ab, daß hinter ihr ein einheitlichen und fester, unerschütterlicher Volkswille steht. Nur wenn die Feinde sähen, das deutsche Volk steht geschlossen hinter seinen verantwortlichen Staatsmännern, nur dann können Worte zu Taten werden. (Beifall.) Die deutsche Regierung wird bei den Friedensverhandlungen darauf wirken, daß **in die Verträge Vorschriften über Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung aufgenommen werden** (Beifall), welche die vertragschließenden Regierungen verpflichten, in ihren Ländern binnen einer gemessenen Frist ein Mindestmaß gleichartiger oder doch gleichwertiger Einrichtungen zur Sicherheit von Leben und Gesundheit, sowie zur Versorgung der Arbeiter bei Krankheit, Unfall und Invalidität zu treffen. Ich rechne bei der Vorbereitung auf den sachkundigen Rat der Arbeiterverbände sowohl wie der Arbeitgeber.

Solange noch deutsche Volksgenossen in der Gefangenschaft sind, werde ich mich um die Fürsorge für ihr Wohl mit allen Kräften bemühen (Beifall.) Auch der in unserer Gefangenschaft lebenden Feinde werde ich mich in gerechter Weise fürsorgend annehmen.

Meine Herren! Ich bin überzeugt, daß dieses Programm, von dem ich **nur die Grundzüge** dargestellt habe, den Vergleich mit allen fremden Regierungsprogrammen aushält.

Noch näher auf Einzelheiten einzugehen, erscheint mir heute nicht angebracht (Bewegung.) Die Beratungen, die wir vor dem Zustandekommen der neuen Regierung gepflogen haben, sind selbstverständlich viel mehr in die Tiefe gegangen, als ich in meiner knappen Zusammenfassung der wichtigsten heute hier wiederzugeben vermag. Ich glaube anderseits auch, daß dem hohen Hause jetzt gar nicht daran gelegen ist, meine Auffassung über Nebendinge kennen zu lernen. Das Entscheidende ist, wenn ich die Lage richtig erfasse, meine Auskunft **über den allgemeinen Geist der neuen Regierung.** Denn jeder, der diesen richtig versteht, kann ohne weiteres daraus folgern, wie die Reichsleitung sich zu den schwebenden Einzelfragen stellt. Ich bin auch selbstverständlich gern bereit, dem Reichstag darüber bei späteren Gelegenheiten noch genaueren Aufschluß zu geben.

Von unmittelbarer Wichtigkeit sind jetzt die Folgerungen, die die neue Reichsleitung in der kurzen Zeitspanne ihres bisherigen Daseins praktisch aus der Lage, die sie vorfand, **und aus der Nutzanwendung ihrer politischen Grundsätze auf diese Lage gezogen** hat.

Mehr als vier Jahre des blutigsten Ringens gegen eine Welt von zahlenmäßig überlegenen Feinden liegen hinter uns. Jahre voll schwerster Kämpfe und schwerstlichster Opfer. Ein jeder von uns trägt seine Narben, nur allzuviele sogar noch offene Wunden, sei es im Verborgenen Grunde der Seele oder an seinem opferbereit für die deutsche Freiheit auf dem Schlachtfelde preisgegebenen Körper. Trotzdem aber sind wir starken Herzens und voll von zuversichtlichen Glaubens an unsere Kraft entschlossen, für unsere Ehre und Freiheit und für das Glück unserer Nachkommen auch noch schwerere Opfer zu bringen, wenn das unabänderlich ist. (Lebh. Beifall.) Mit tiefer, heißer Dankbarkeit gedenken wir unserer tapferen Truppen, die unter glänzender Führung während des ganzen Krieges fast Uebermenschliches geleistet haben, und deren bisherige Toten sicher verbürgen, daß unser aller Schicksal auch ferner in guten, zuverlässigen Händen bei ihnen liegt.

Im Westen tobt seit Monaten eine einzige furchtbare menschenmordende Schlacht. Dank dem unvergleichlichen Heldentum unserer Armee, das als unvergleichliches Ruhmesblatt in der Geschichte des deutschen Volkes fortleben wird für alle Zeiten, ist die Front ungebrochen. Dieses stolze Bewußtsein läßt uns mit Zuversicht in die Zukunft sehen.

Gerade weil wir von dieser Gesinnung und Ueberzeugung beseelt sind, ist es aber auch unsere Pflicht, Gewißheit darüber herbeizuführen, daß das opfervolle, blutige Ringen nicht einen einzigen Tag bis über den Zeitpunkt hinaus geführt werde, wo uns ein Abschluß des Krieges möglich erscheint, der unsere Ehre nicht berührt.

Ich habe deshalb auch nicht erst bis heute gewartet, ehe ich handelnd zur Förderung des Friedensgedankens eingriff. Gestützt auf das Einverständnis aller dazu berufenen Stellen im Reich und auf die Zustimmung der gemeinsam mit uns handelnden Bundesgenossen habe ich in der Nacht zum 5. Oktober durch die Vermittlung der Schweiz an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika eine Note gerichtet, in der ich ihn bitte, die Herbeiführung des Friedens in die Hand zu nehmen und hierzu mit allen kriegführenden Staaten in Verbindung zu treten. Die Note trifft schon heute oder morgen in Washington ein.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519181007-13/fragment/page=0001

Sie richtet sich an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, weil dieser in seiner Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen, besonders auch **in einer Neuyorker Rede vom 27. September**, ein Programm für den allgemeinen Frieden aufgestellt hat, das wir als Grundlage für die Verhandlungen annehmen können. **Ich habe diesen Schritt auf dem Wege zur Erlösung nicht nur Deutschlands und seiner Verbündeten, sondern der gesamten, seit Jahren unter dem Kriege leidenden Menschheit auch deshalb getan, weil ich glaube, daß die auf das künftige Glück der Völker gerichteten Gedanken, die Herr Wilson verkündet, sich völlig mit den allgemeinen Vorstellungen im Einklang befinden, in denen sich auch die neue deutsche Regierung und mit ihr die überwiegende Mehrheit unseres Volkes bewegt.**

Was mich selbst anbetrifft, so können meine früheren vor einem anderen Hörerkreise gehaltenen Reden bezeugen, daß sich in der Vorstellung, die ich von dem künftigen Frieden hege, keinerlei Wandlung in mir vollzogen hat, seitdem ich mit der Führung der Reichsgeschäfte beauftragt worden bin.

Was ich will, ist

ein ehrlicher, dauernder Friede für die gesamte Menschheit,

und ich glaube daran, daß **ein solcher Friede zugleich auch der festeste Schutzwall für die künftige Wohlfahrt unseres eigenen Vaterlandes wäre.** Zwischen den nationalen und internationalen Pflichtgeboten sehe ich deshalb mit Bezug auf den Frieden keinerlei Unterschied. Das Entscheidende liegt für mich ausschließlich darin, daß diese Gebote von den Beteiligten **mit derselben Ehrlichkeit als bindend anerkannt und geachtet** werden, wie das von mir und den anderen Mitgliedern unserer neuen Regierung gilt.

So sehe ich denn mit der inneren Ruhe, die mir mein gutes Gewissen als Mensch und als Diener unseres Volkes und die sich zugleich auf das feste Vertrauen zu diesem großen, treuen, aber hingebung fähigen Volke und seiner ruhmvollen Wehrmacht gründet, dem Ergebnis der ersten Handlung entgegen, die ich als leitender Staatsmann des Reiches Unternommen habe. Wie dieses Ergebnis auch ausfallen möge:

Ich weiß, daß es Deutschland fest entschlossen und einig finden wird sowohl zu einem redlichen Frieden, der jede eigensüchtige Verletzung fremder Rechte von sich weist, als auch zu einem Endkampf auf Leben und Tod, zu dem unser Volk ohne eigenes Verschulden gezwungen wäre, wenn die Antwort der mit uns im Kriege stehenden Mächte auf unser Angebot von dem Willen, uns zu vernichten, diktiert werden sollte.

Kein Zagen befällt mich bei dem Gedanken, daß dieses zweite Ergebnis eintreten könnte, denn ich kenne die Größe der gewaltigen Kräfte, die auch jetzt noch in unserem Volke vorhanden sind, und ich weiß, daß die unwiderlegliche Ueberzeugung,

um gar nichts weiter als um unser Leben als Nation zu kämpfen,

diese Kräfte verdoppeln würde. (Beifall.) **Ich hoffe aber um der gesamten Menschheit willen, daß der Präsident der Vereinigten Staaten unser Angebot so aufnimmt, wie wir es meinen. Dann wird die Tür zu einem baldigen ehrenvollen Frieden des Rechts und der Versöhnung sowohl für uns wie für unsere Gegner geöffnet.**

(Lebhafter Beifall des ganzen Hauses. **Zwischenrufe bei den Unabhängigen Soz.**)

Präsident Fehrenbach: Die hochbedeutsamen Ausführungen des Herrn Reichskanzlers werden Gegenstand eingehender Erörterungen in den nächsten Sitzungen sein. Ueber das Friedensangebot an den Präsidenten Wilson gestatten Sie mir ein kurzes Wort: Friede! welch tröstendes, hoffnungsreiches Wort! Es würde die Erlösung der Menschheit von einer Qual von Jahren bedeuten, Frauen und Kinder würden diesen Frieden, wenn auch unter Tränen, begrüßen, und unsere Soldaten würden es begrüßen, wenn sie in hartem Kampf einen wirklichen Frieden der Verständigung zuwege gebracht haben, der allein die Garantie der Dauer in sich trägt. Aber ebenso wie jeder einzelne Soldat an der Front, so ist auch jeder einzelne Deutsche in der Heimat bereit, für das Vaterland, wenn nötig sein sollte, jedes Opfer zu bringen. (Beifall.) Möchten solche Opfer uns erspart bleiben, denn das deutsche Volk wünscht den Frieden, nicht den Krieg, ebenso wie alle anderen Völker sehnt es den Frieden herbei, der diesem furchtbaren Blutvergießen ein Ende bereitet. Deshalb begrüßen wir den uns mitgeteilten Schritt der Regierung, und im Namen des deutschen Volkes und des Reichstages, dessen große Mehrheit mit diesem bedeutungsvollen Schritt einverstanden ist, erkläre ich, daß wir das Friedensangebot billigen und uns zu eigen machen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich glaube, annehmen zu dürfen, daß die Fraktionen nunmehr zunächst sich in einem Meinungsaustausch über die Kanzlerrede aussprechen wollen. Ich schlage Ihnen deshalb Vertagung vor und den Präsidenten zu ermächtigen, die nächste Sitzung einzuberufen, nachdem diese Beratungen beendet sein werden.

Abg. Haase (U. S.): Namens meiner Fraktion widerspreche ich dem Vorschlage des Präsidenten und beantrage, die Eröffnung der Diskussion über die Rede des Reichskanzlers auf den nächsten Montag festzusetzen.

Abg. Seyda (Pole) widerspricht ebenfalls der Vertagung und beantragt sofortige Eröffnung der Diskussion über die Rede des Reichskanzlers. Allseitig werde das Bedürfnis nach einem dauernden Frieden empfunden. Der Reichstag müsse seine Aufgabe darin sehen, unverzüglich seine Bedingungen für einen dauernden Frieden darzulegen.

Abg. Ebert (Soz.): Aufgabe des Reichstages ist es, alles zu tun, was die Förderung des Friedens erfordert. Wir haben durch den Präsidenten zum Ausdruck bringen lassen, daß wir dem Friedensschritt der neuen Regierung zustimmen. Die Aufmerksamkeit der ganzen Welt wird darauf sich richten, welches Ergebnis dieser Schritt hat, und wir dürfen nichts tun, was ihn zu gefährden geeignet wäre. Der Präsident will mit der Aussetzung der Plenarverhandlungen nur erreichen, zu sehen, welche Wirkungen der Friedensschritt auslösen wird, und ich bin überzeugt, draußen im Volke wird jeder einzelne verstehen, daß es gerade im Interesse des Volkes liegt, so zu verfahren. (Stürmische Zustimmung.)

Der Vorschlag des Präsidenten wird gegen die Polen und die Unabhängigen Sozialdemokraten angenommen.

Schluß 6 Uhr.

*

Der Reichskanzler betont scharf den vollständigen Systemwechsel, der durch die Parlamentarisierung vor sich gegangen ist. Er spricht von der nunmehr bei uns eingeführten Regierungswreise, woraus erhellt, daß es sich nicht um eine vorübergehende Erscheinung, sondern um eine dauernde Einrichtung handeln soll. Daß es sich hier um eine für unsere inneren politischen Verhältnisse bedeutsamen Vorgang handelt, geht aus den Aeußerungen nicht nur der neutralen, sondern auch der feindlichen Presse hervor. Die feindliche Presse spricht offen aus, daß diese Aenderung auch auf die Friedenspolitik von entscheidendem Einfluß sein muß. Wilson hat in den letzten Tagen fünf Punkte für einen Völkerbund aufgestellt, die von der österreichischen Regierung bereits angenommen worden sind. In seiner Begründung dieser fünf Punkte befinden sich aber in bezug auf Deutschland Wendungen, die für uns nicht gerade verheißungsvoll klingen. Deutschland, heißt es, habe sich als unzuverlässig erwiesen, es sei deshalb notwendig, daß der Frieden verbürgt werde. Auch Wilson wird nicht umhin können, die neue Regierung, die Volksregierung, als eine genügende Bürgschaft anzuerkennen, die zu den vereinbarten Verträgen stehen wird. Jedenfalls hat heute auch im feindlichen Auslande niemand ein Recht, daran zu zweifeln, daß das jetzt bei uns bestehende demokratische Regime einen demokratischen Frieden will, der Dauer verheißt und allen Völkern Gerechtigkeit widerfahren lassen soll. Unzweideutig und ausdrücklich bekennt sich die neue Regierung zu dem an anderer Stelle wörtlich abgedruckten Programm der Mehrheitsparteien, von dem der Kanzler sagt, daß es nicht nur ein Bekenntnis zu der Antwort der früheren Regierung auf die Postnote, sondern auch die bedingungslose Zustimmung zu der Reichstagsentschließung vom 19. Juli 1917 enthält. Darüber hinaus wird die Bereitwilligkeit zu es am allgemeinen Bunde der Völker auf Grund der Gleichberechtigung aller erklärt und nicht nur die Widerherstellung Belgiens zugesagt, sondern auch in der Entschädigungsfrage Zugeständnisse gemacht. Zur Ostfrage ist der von dem Vizekanzler eingenommene Standpunkt der Unantastbarkeit aufgegeben. Es wird ausdrücklich gesagt, daß die Brester Friedensverträge kein Hindernis für den allgemeinen Frieden sein sollen. Damit ist das Programm der Sozialdemokratie zur Kriegszielfrage restlos erfüllt. Leider zeigt die Lossagung Rußlands von dem Frieden mit der Türkei und die Aufforderung an Deutschland, freiwillig von dem Brester Vertrag, den die russische Räteregierung wieder einen Gewaltfrieden nennt, zurückzutreten, daß die Dinge heute schon eine Entwicklung genommen haben, bei der wir jeden Einfluß auf den Osten verloren haben. Heute dürfen wir nur noch hoffen, daß es nunmehr bald zu allgemeinen Friedensverhandlungen kommen werde, bei der auch die Ostfragen diejenige Regelung finden möchte, die von der Sozialdemokratie immer angestrebt wurde und die allein geeignet ist, uns in ein dauerndes freundschaftliches Verhältnis zu Rußland zu bringen.

Erfreulich ist die entschiedene Stellung der Regierung zur Wahlrechtsfrage, die schnell und restlos durchgeführt werden soll. Wir dürfen nun getrost sein, daß das allgemeine gleiche Wahlrecht auf dem besten Wege ist. Und es muß kommen ohne Klauseln und ohne Sicherungen. Aber auch in den Bundesstaaten werden die Regierungen nun nicht mehr darum herum kommen, das Wahlrecht zu den Landesparlamenten den neuen Verhältnissen, den allgemeinen Wünschen und Bedürfnissen anzupassen. Das gleiche Wahlrecht ist, wie auch der Kanzler betont hat, eine allgemeine deutsche Frage.

So wichtig die Feststellungen des Reichskanzlers über die politische Neuordnung im Reiche ist — alles das war im Grunde vorher schon bekannt —, das Wichtigste ist, was der Kanzler ausführte zur äußeren Lage. Freilich, auch das war nach den Verlautbarungen der letzten Tages in der Presse zum Teil bekannt, zum Teil zu erwarten, und doch wirkte es befreiend, wie eine Erlösung. Die neue Regierung hat den Zusammentritt des Reichstages nicht abgewartet, sondern schon vorher ein förmliches Friedensangebot an Wilson gerichtet, und zwar in Uebereinstimmung mit der österreichischen Regierung, um der Völkermetzelei endlich Einhalt zu tun. Wir wollen heute nicht darüber reden, daß dieser Schritt schon längst hätte getan werden müssen, ebenso wie die innere Neubildung schon längst durchgeführt sein mußte — heute handelt es sich darum, daß er getan worden ist.

Nicht zum erstenmal ist von den Mittelmächten die Anregung zum Frieden ergangen. Bisher sind diese Anregungen brüsk abgelehnt worden. Das neue Angebot ist unzweideutig und kommt den Gegnern in weitestem Maße entgegen. An diesem Angebote können die Gegner nicht mehr vorübergehen. Deshalb dürfen wir mit aller Bestimmtheit annehmen, daß die Friedensverhandlungen nun unmittelbar bevorstehen und der Friede, der von der ganzen Welt heiß ersehnte nun nicht mehr auf sich warten lassen wird.

Das Programm der Mehrheitsparteien.

Das Programm der Mehrheitsparteien, das die Grundlage für die Politik der neuen Regierung bildet, hat folgenden Wortlaut:

„1. Festhalten an der Antwort der Reichsregierung auf die Papstnote vom 1. August 1917 und uneingeschränktes Bekenntnis zu der Entschließung des Reichstags vom 19. Juli 1917.

2. Erklärung der Bereitschaft, einem Völkerbund gemäß den folgenden Grundsätzen beitreten zu wollen:

Der Völkerbund umfaßt alle Staaten und beruht auf dem Gedanken der Gleichberechtigung aller Völker. Sein Zweck ist die Sicherung eines dauernden Friedens, eines unabhängigen Daseins und freier wirtschaftlicher Entfaltung der Völker.

Der Völkerbund schließt mit seinen gesamten Machtmitteln die ihm beigetretenen Staaten unter Anerkennung ihres Besitzstandes in den ihnen vom Bunde gewährleisteten Rechten und schließt alle seinem widersprechenden Sonderverträge aus.

Grundlagen des Völkerbundes sind: Umfassende Ausgestaltung des Völkerrechts; gegenseitige Verpflichtung der Staaten, jeden Streitfall, der nicht durch diplomatische Mittel löbbar ist, friedlicher Behandlung zu übergeben. Durchführung des Grundsatzes der Freiheit der Meere. Verständigung über allseitige und gleichzeitige Abrüstung zu Lande und zu Wasser; Verbürgung der offenen Tür für den wirtschaftlichen und privatrechtlichen Völkerverkehr; internationaler Ausbau der Sozialgesetzgebung und des Arbeiterschutzes.

3. Einwandfreie Erklärung über Wiederherstellung Belgiens und Verständigung über Entschädigung.

4. Bisher geschlossene Friedensverträge dürfen kein Hindernis für den allgemeinen Friedensschluß bilden, im Baltikum, in Litauen und in Polen sind alsbald Volksvertretungen auf breiter Grundlage zu schaffen. Diese Staaten, in denen alsbald Zivilverwaltungen einzuführen sind, haben ihre Verfassung und ihre Beziehungen zu den Nachbarvölkern zu regeln.

5. Schaffung eines selbständigen Bundesstaates Elsaß-Lothringen unter Gewährung voller Autonomie entsprechend dem Verlangen der elsaß-lothringischen Volksvertretung.

6. Unverzügliche Durchführung der Wahlrechtsreform in **Preußen. Gleiches Anstreben solcher Reform in denjenigen Bundesstaaten, die sie noch entbehren.**

7. Einheitlichkeit der Reichsleitung; Berufung von Regierungsvertretern aus dem Parlament zur Durchführung einer einheitlichen Reichspolitik; strenge Einhaltung aller verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten; Beseitigung aller militärischen Einrichtungen, die der politischen Beeinflussung dienen.

8. Zum Schutze der persönlichen Freiheit, des Versammlungsrechts und der Preßfreiheit sofortige **Aenderung der Bestimmungen über den Belagerungszustand.** Beschränkung der Zensur auf Fragen der Beziehungen zu auswärtigen Regierungen, der Kriegsstrategie und -taktik, Truppenbewegungen, Herstellung von Kriegsmaterial. Einrichtung einer politischen Kontrollstelle für alle Maßnahmen, welche auf Grund des Belagerungszustandes verhängt werden.

Wilson und der Völkerbund

Am 27. September hat Präsident Wilson zur Auflegung der vierten Kriegsanleihe eine Rede gehalten, die bei uns nur sehr unvollständig bekanntgeworden ist. In dieser Rede hat Wilson fünf Punkte für die Bildung eines Völkerbundes aufgestellt, die heute von besonderer Aktualität sind. Sie haben diesen Wortlaut:

1. Unparteiische Gerechtigkeit darf keine Unterscheidung zwischen denen einschließen, gegen die wir gerecht zu sein wünschen, und denen, gegen die wir nicht gerecht zu sein wünschen. Es muß eine Gerechtigkeit sein, die keine Begünstigten kennt und keine verschiedenen Maßstäbe, sondern gleiche Rechte für die verschiedenen in Betracht kommenden Völker.

2. Kein besonderes oder abgetrenntes Interesse irgendeiner einzelnen Nation oder einer Gruppe von Nationen, das mit dem gemeinsamen Interesse aller unvereinbar ist, kann zur Grundlage irgendeines Teiles eines Abkommens gemacht werden.

3. Es kann in der allgemeinen gemeinsamen Familie des Völkerbundes keine Verbände, Bündnisse oder besondere Abmachungen und Verständigungen geben.

4. Es kann, und das geht immer mehr ins einzelne, keine besonderen wirtschaftlichen Kombinationen innerhalb des Bundes geben und keine Anwendung irgendeiner Form wirtschaftlichen Boykotts oder Ausschlusses, abgesehen der im Völkerbund selbst als Strafmaßregel verhängten Ausschließung von den Weltmärkten, die als Mittel der Disziplin und Kontrolle gilt.

5. Alle internationalen Abmachungen und Verträge aller Art müssen der ganzen übrigen Welt bekanntgegeben werden.

Die Rede Wilsons, die wir noch nachtragen werden, enthält jedoch Wendungen gegen Deutschland, die diesen sehr humanen vorstehenden Punkten widersprechen.

Allerlei Friedensgerüchte und Friedensstimmen.

Am Genf wird berichtet: Der Temps meldet, daß die Alliierten über einen vertraulichen Antrag einer neutralen Macht verhandeln, der am 2. Oktober eingegangen sei.

*

In Zürich eingetroffene Amsterdamer Depeschen melden, daß die entscheidenden Vorbereitungen zu einem Friedensschritte der Niederlande in der Sitzung des niederländischen Staatsministeriums am letzten Montag erfolgten. Der Schritt der niederländischen Regierung besteht in der Einladung an die Kriegführenden, ihre Bedingungen zu einem gegenseitigen Meinungsaustausch bekanntzugeben.

*

Daily Mail meldet: Lord Lansdowne hat den ungewöhnlichen Schritt getan, dem Kabinett und dem König seine Ratschläge zu einer ehrenvollen Kriegsbedingung anzutragen. Lloyd George ist bereit, Lord Lansdowne in den nächsten Tagen zu einer Besprechung zu empfangen.

Daily News meint, der einsichtige Teil des englischen Volkes erwarte mit Spannung das Programm der neuen deutschen Regierung. Niemand außer den Kriegsschwätzern könne von Deutschland die bedingungslose Annahme der 14 Leitsätze Wilsons verlangen. Der größte Teil des englischen Volkes fordere Frieden. Der Frage der Kriegsschuld müsse bei den Verhandlungen ausgeschieden werden. Wir müssen unbedingt jetzt der Liquidation des Krieges entgegengehen.

*

Aus Mailand wird gedrahtet: Der Avanti urteilt, daß die Vorgänge in Deutschland alle Kriegsereignisse in den Hintergrund zurückdrängen. Wenn die Entente für die Befreiung der Völker kämpft, so sei jetzt der Augenblick gekommen, sich mit dem Feinde offen auszusprechen.

*

Henderson sagte in einer Ansprache auf der Arbeiterkonferenz in London, in der er eingangs auf die für die Verbündeten günstig gewordene Kriegslage hingewiesen hatte, daß die Haltung der deutschen Mehrheitssozialisten, wie sie in den Bedingungen zum Ausdruck komme, unter denen sie gewillt sei, die vereinbarte Regierung zu übernehmen, von sehr wichtiger Bedeutung sei. Die kürzliche Rede Scheidemanns im Reichstage zeige ebenfalls einen Fortschritt insofern, als er erklärte, daß, was als Friedenshindernis für einen allgemeinen Frieden anzusehen sei, bereits Deutschland in bezug auf Belgien hätte anders sein sollen. Bulgariens Bitte um Waffenstillstand, so meint Henderson, sei gleichfalls bedeutungsvoll. Es würde weit eher auf den Weg zum allgemeinen Frieden führen und unschätzbare Gelegenheit geben, der Welt zu zeigen, was die Verbündeten unter einem reinen Frieden verstehen. Es gäbe auch Anzeichen für Oesterreich-Ungarns Willen zum Frieden. In einigen Kreisen sei es Mode geworden, Kundgebungen eines liberalen und reformwilligen Geistes in Deutschland und Oesterreich-Ungarn ziemlich verächtlich zu behandeln. Das sei nach seiner Ansicht die schlechteste Art, diese Bemühungen der Völker, das Joch ihrer militärischen Herren abzuwerfen, zu behandeln, so schwach auch ihre Bemühungen sein mögen. Man könne es sich nicht erlauben, Friedensvorschläge der feindlichen Mächte abweisend zu verhandeln. Man müsse bereit sein, in alle Tore hineinzuschauen, die sich für den Frieden öffnen, solle aber nur in solche Tore treten, die zu einem Frieden führen. Die militärischen Erfolge böten eine Gelegenheit für die staatsmännische Kunst. Man müsse bereit sein, die diplomatischen Möglichkeiten der österreichisch-ungarischen Note vollauf zu erfassen.

Viktor Adler über die deutsche Sozialdemokratie.

Wien, 5. Oktober. Im österreichischen Abgeordnetenhause führte Abg. Adler in seiner Rede noch aus: In Deutschland lehrt Not beten. Es ist das neben der russischen Revolution wohl das merkwürdigste Ereignis, daß sich in Deutschland heute ein Ministerium bildete unter dem Vorsitz eines Prinzen, aber mit einem gehörigen Einschlag von einem halben Dutzend Sozialdemokraten; die deutschen Sozialdemokraten, die das getan haben, bringen damit ein riesiges Opfer. Sie haben sich nicht dazu gedrängt, Minister zu werden, aber sie haben geglaubt, ihre Hilfe bieten zu müssen, **um das Steuer umzubrehen, um es im Moment der Not mit in die Hand zu nehmen und zur Vernunft, zum Recht und damit zum Frieden zu lenken. Das ist ein deutliches Zeichen für die Demokratisierung Deutschlands.** Wenn hier mit reichlicher Ueberhebung und Selbstgefälligkeit über Deutschland und das deutsche Volk geredet wurde, so gehört das zu jenen Exzessen, die schließlich in einer so aufgeregten Zeit begreiflich sind. Das deutsche Volk draußen ist über derartige Angriffe nicht erhaben, sondern sie treffen es einfach nicht. Aber die Völker sollten nicht das Pech haben, daß ihre Vertreter den ersten Moment, wo sie hier so frei von der Leber weg reden können, dazu benutzen, um ihrerseits ein Unrecht zu begehen. (Zustimmung der Soz.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519181007-13/fragment/page=0002

Aufruf des Kaisers an die deutsche Wehrmacht.

Berlin, 5. Oktober. Der Kaiser hat nachstehenden Erlaß an das deutsche Heer und die deutsche Marine gerichtet:

An das deutsche Heer und die deutsche Marine!

Seit Monaten stürmt der Feind unter gewaltigen Kraftanstrengungen fast ohne Kampfpause gegen Eure Linien an. In wochenlangem Ringen, vielfach ohne Ruhe, müßt Ihr ausharren und dem an Zahl weit überlegenen Feinde die Stirne bieten. Darin liegt die Größe der Aufgabe, die Euch gestellt ist und Ihr erfüllt. Truppen aller deutschen Stämme tun ihre Schuldigkeit und verteidigen auf fremdem Boden heldenhaft das Vaterland. Hart ist der Stand meiner Flotte, um sich den vereinten feindlichen Seestreitkräften gegenüber zur Geltung zu bringen und in unermüdlicher Arbeit die Armee in ihrem schweren Kampfe zu unterstützen. Mit Stolz und Bewunderung sind die Augen der Heimat auf die Taten des Heeres und der Marine gerichtet. Ich sage Euch meinen und des Vaterlandes Dank. Mitten in das schwerste Ringen fällt der Zusammenbruch der mazedonischen Front. Eure Front ist ungebrochen und wird es weiter bleiben. Ich habe mich im Einverständnis mit unseren Verbündeten entschlossen, dem Feinde nachmals den Frieden anzubieten. Doch nur für einen ehrenvollen Frieden werden wir die Hand reichen. Das schulden wir den Helden, die ihr Leben für ihr Vaterland gelassen haben, das schulden wir unseren Kindern. Ob die Waffen ruhen werden, steht noch dahin. Bis dahin dürfen wir nicht erlahmen. Wir müssen wie bisher alle Kräfte daran setzen, unermüdlich dem Ansturm des Feindes standzuhalten. Die Stunde ist ernst. Aber wir fühlen im Vertrauen auf unsere Kraft und Gottes gnädige Hilfe uns stark genug, unsere geliebte Heimat zu verteidigen.

gez. Wilhelm I. R.

Einen ähnlichen Aufruf hat der König von Bayern an das bayrische Heer erlassen.

Die deutsche Note an Wilson.

Ersuchen um Abschluß eines sofortigen Waffenstillstandes.

Berlin, 5. Oktober. Die durch Vermittlung der schweizerischen Regierung an den Präsidenten Wilson übermittelte Note hat folgenden Wortlaut:

Die deutsche Regierung ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen, alle kriegführenden Mächte von diesem Ersuchen in Kenntnis zu setzen und sie zur Entsendung von Bevollmächtigten zwecks Aufnahme der Verhandlungen einzuladen. Sie sieht das von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in der Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen, namentlich in der Rede vom 27. September 1917 aufgestellte Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen an.

Um ein weiteres Blutvergießen zu vermeiden, ersucht die deutsche Regierung den sofortigen Abschluß eines allgemeinen Waffenstillstandes zu Lande, zu Wasser und in der Luft herbeizuführen.

Max, Prinz von Baden.

Die österreichisch-ungarische Note.

Wien, 5. Oktober. Der österreichisch-ungarische Gesandte in Stockholm ist gestern vom Minister des Aeußern telegraphisch beauftragt worden, die königlich schwedische Regierung zu ersuchen, am 4. d. M. folgende Depesche an den Präsidenten Wilson zu übermitteln:

Die österreichisch-ungarische Monarchie, welche den Krieg stets nur als Verteidigungskampf geführt und wiederholt ihre Bereitwilligkeit bekundet hat, dem Blutvergießen ein Ende zu machen und zu einem gerechten und ehrenvollen Frieden zu kommen, tritt hiermit an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika mit dem Antrag heran, mit ihm und seinen Verbündeten einen sofortigen Waffenstillstand zu Lande, zur See und in der Luft abzuschließen und im unmittelbaren Anschluß hieran in Verhandlungen über einen Frieden einzutreten, für welchen die 14 Punkte der Botschaft des Herrn Präsidenten Wilson an den Kongreß vom 8. Januar 1918 und die vier in der Rede des Herrn Präsidenten Wilson vom 12. Januar 1918 enthaltenen Punkte als Grundlage zu dienen hätten, wobei auch auf die Ausführungen des Präsidenten Wilson vom 27. September Bezug genommen wird.

Ein türkischer Schritt.

Berlin, 5. Oktober. Wie des Reichskanzler in seiner Rede bereits andeutete, steht die Türkei im Begriff, einen gleichen Schritt zu tun.

Die Gründung eines Reichsarbeitsamts.

Die nächste Nummer des Reichsgesetzblattes wird folgenden kaiserlichen Erlaß enthalten:

Auf Ihren Vortrag bestimme Ich, daß die sozialpolitischen Angelegenheiten des Reiches, die bisher zum Geschäftskreis des Reichswirtschaftsamts gehört haben, fortan von einer besonderen, dem Reichskanzler unmittelbar unterstellten Zentralbehörde unter dem Namen Reichsarbeitsamt bearbeitet werden. Die aus diesem Anlaß erforderliche Verteilung der Geschäfte und Beamten des Reichswirtschaftsamts haben Sie vorzunehmen.

Großes Hauptquartier, den 4. Oktober 1918 Wilhelm.

An den Reichskanzler Prinz Max von Baden.

Amnestie.

Der Vorwärts schreibt:

„In unserem Leitaufsatz ist schon angedeutet, daß die im Zuge befindliche Umwälzung der äußeren und inneren Verhältnisse auch die Befreiung derer mit sich bringen muß, die während des Krieges wegen ihrer politischen Ueberzeugungen in den Kerker gekommen sind. Wir möchten für heute nur dem Wunsch Ausdruck geben, daß dieses notwendige Ereignis sich so rasch wie möglich vollziehen möge. Eines freien Staates, der Deutschland seit dem heutigen Tage sein will, ist es unwürdig, in Zuchthäusern und Gefängnissen Männer und Frauen zu beherbergen, deren ehrenhafte Gesinnung von aller Welt anerkannt ist. Ein friedliebendes Deutschland kann Menschen, die ihre leidenschaftliche Friedensliebe in Konflikt mit den bestehenden Gesetzen gebracht hat, nicht als Verbrecher behandeln. Es soll vermieden werden, in diesem Zusammenhang Namen zu nennen, um nicht den Anschein zu erwecken, als ob Unbekannte dieses Akts der Gerechtigkeit weniger würdig wären als Männer, deren Namen in aller Munde sind."

Nach dem Redaktionsstab des Vorwärts wäre die Amnestie bereits in Vorbereitung. Auch wir können nur wünschen, daß dieser Schritt so schnell wie möglich und so gründlich wie möglich getan werde.

Deutscher Heeresbericht vom 6. Okt.

wtb. Großer Hauptquartier, den 6. Oktober 1918. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern und der Cambrai ruhiger Tag. Rege Erkundungstätigkeit an vielen Stellen der Front.

Heeresgruppe Boehn.

Wir gaben in vorletzter Nacht den zwischen Crevecoeur und Beaurevoir an den Kanal in Linie Banteux—Le Catelet vorspringenden Stellungsbogen auf und nahmen die dort stehenden Truppen in rückwärtige Linien zurück. Engländer und Franzosen setzten ihre Angriffe zwischen Le Catelet und nördlich von St. Quentin fort. Beaurevoir und Montbrehain blieben in ihrer Hand. An der übrigen Front sind ihre Angriffe vor unseren Linien gescheitert. In den Kämpfen bei Beaurevoir zeichnete sich das Reserve-Infanterie-Regiment 56 unter seinem Kommandeur Major von Loebbecke besonders aus.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Erneute Angriffe der Franzosen und Italiener am Chemin des Dames wurden abgewiesen. In Fortsetzung der am 3. 10. begonnenen Bewegungen östlich von Reims und beiderseits der Suippes haben wir in vorletzter Nacht auch unsere Stellungen bei Brimont und Berry geräumt und rückwärtige Linien bezogen. Der Feind folgte im Laufe des Tages. Wir standen am Abend mit ihm an der Suippes, beiderseits der Straße Reims—Neufchatel, bei Cavannes—Epoye—Pont Faverger und an der Arnes in Gefechtsberührung.

Zwischen der von Somme Py nach Norden führenden Straße und östlich von Ciry griffen Franzosen und Amerikaner erneut mit starken Kräften an. Wir haben nach schwerem Kampf unsere Stellungen restlos behauptet. Das westfälische Infanterie-Regiment Nr. 55 und das westpreußische Infanterie-Regiment Nr. 149 zeichneten sich hierbei besonders aus. Die 199. Infanterie-Division schlug den in fünfzehn Wellen lief gegen die Ciry-Höhe anstürmenden Feinde wuchtig zurück. Leutnant Markos mit Kompagnien des Infanterie-Regiments Nr. 357 hat an der Abwehr des Feindes besonderen Anteil. Der Feind erlitt hier schwerste Verluste. Teilangriffe des Gegners am Westrande der Argonnen scheiterten.

Heeresgruppe Gallwitz.

Zwischen den Argonnen und der Maas setzte der Amerikaner seine starken Angriffe fort. Oestlich von Exermont gelang es ihm, bis auf die Waldhöhen etwa 1 Kilometer nördlich des Orles vorzustoßen. Hier sind seine in den Nachmittagsstunden erneut vorbrechenden Angriffe gescheitert. Beiderseits der von Charpentry auf Romagne führenden Straße brachen die Angriffe wiederum vor den Linien Metz-Loiringscher und westfälischer Regimenter völlig zusammen. Weiter östlich drang der Feind in den Foys-Wald ein. Im übrigen wurde er abgewiesen.

Wir schossen gestern 37 feindliche Flugzeuge und zwei Fesselballone ab. Außerdem wurden von einem feindlichen, im Angriffsfluge auf die Pfalz befindlichen Geschwader fünf Flugzeuge im Luftkampf abgeschossen.

Unsere bisher im Rahmen des bulgarischen Heeres kämpfenden Truppen wurden herausgelöst und sind im Rückmarsch in ihre Versammlungsräume. Sie haben den an sie gestellten hohen Anforderungen voll entsprochen und Hervorragendes geleistet.

Die in Palästina an der Seite unserer treuen türkischen Bundesgenossen kämpfenden deutschen Bataillone mußten im Verein mit den schwachen türkischen Kräften erdrückender feindlicher Uebermacht weichen und sind im Rückmarsch über Damaskus in nördlicher Richtung.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

Der deutsche Abendbericht.

wtb. Berlin, 6. Okt. abends. (Amtlich.) Teilkämpfe nördlich von St. Quentin und in der Champagne. Zwischen den Argonnen und der Maas wurden heftige Angriffe der Amerikaner abgewiesen.

Oesterreichischer Heeresbericht.

Wien, 6. Oktober. Amtlich wird verlautbart:

Italienischer Kriegsschauplatz.

Keine größeren Kampfhandlungen.

Bei Neumarkt in Südtirol wurden bei einem italienischen Fliegerangriff auf ein Kriegsgefangenenlager zahlreiche italienische Kriegsgefangene getötet und verwundet.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Südlich des Strumbi-Flusses Nachhutkämpfe.

An der serbischen Front wurden unsere Vortruppen von Branje zurückgenommen.

Der Chef des Generalstabes.

Die Front

opfert Blut und Gesundheit.

Wer Kriegsanleihe zeichnet, opfert nichts.

Er erfüllt nur eine Pflicht,

die ihm noch dazu gut verzinst wird.

Es darf nicht sein, daß sich ein Deutscher

dieser leichtesten aller Kriegspflichten entzieht.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Anschlag der Rede des Reichskanzlers.

Aus München wird gemeldet: Minister des Innern Brettreich hat angeordnet, daß die Reichstagsrede des Kanzlers Prinzen Max von Baden sofort in allen bayrischen Gemeinden angeschlagen wird.

In Sachsen ist man auf diesen Gedanken nicht verfallen!

Das gleiche Wahlrecht ohne Altersstimme.

Das preußische Herrenhaus will, wie gemeldet wird, lediglich den Teil der Verfassungsvorlage verabschieden, der von den Reformen des Wahlrechts zum Abgeordnetenhause handelt. Die in erster Lesung beschlossene Alterszusatzstimme soll wieder beseitigt, also das allgemeine gleiche geheime und direkte Wahlrecht ohne Einschränkung angenommen werden.

Daneben bleiben aber noch viel Beschränkungen des gleichen Wahlrechts, daß es mit dieser Zurückziehung auf die Regierungsvorlage heute nicht mehr getan sein kann.

Inzwischen sind unter den Parteien des Abgeordnetenhauses Bestrebungen im Gange, die Erledigung der Wahlrechtsreform möglichst zu beschleunigen und eine Verständigungsgrundlage zwischen den Fraktionen zu finden, die die Reform im Sinne der Rede des Reichskanzlers Prinzen Max von Baden durchzuführen bestrebt sein wird.

Die Beteiligung der Nationalliberalen an der Regierung.

Die bürgerlichen Blätter wußten zu berichten, daß die Nationalliberalen sich der parlamentarischen Mehrheit des Reichstags angeschlossen hätten, nachdem ihnen Zugeständnisse gemacht worden sein. Das hatten wir angezweifelt. Unsere Zweifel werden bestätigt durch den Brief, den der Vorsitzende der nationalliberalen Fraktion, Dr. Stresemann, an den fortschrittlichen Abg. Fischbeck gerichtet hat. Das Schriftstück lautet:

Sehr geehrter Herr Kollegen!

Das mir gestern von Ihnen überreichte, von der Mehrheitsparteien des Reichstages entworfene und von S. M. dem Kaiser und dem zukünftigen Reichskanzler gebilligte Programm habe ich der nationalliberalen Reichstagsfraktion vorgelegt. Durchdrungen von dem Wunsch, eine Einigkeit unseres Volkes auf einer möglichst breiten Grundlage zu sichern, und im Hinblick auf die gegenwärtige ernste Lage unseres Vaterlandes hat die Fraktion einmütig beschlossen, sich auch ihrerseits auf den Boden dieses Programms zu stellen. Wir sind daher bereit, gemeinsam mit den Mehrheitsparteien an der Durchführung dieses Programms mitzuarbeiten und die kommende Reichsleitung mit allen Kräften zu unterstützen.

In kollegialer Hochachtung

Ihr sehr ergebener

(gez.) Dr. Stresemann.

Die Nationalliberalen haben mit ihrem Anschluß einen sichtbaren Ruck nach links vollzogen. Es wird nicht der letzte Schritt ihrer Linksschwenkung sein.

Folgen der politischen Neuregelung.

Aus Reichstagskreisen wird der Deutschen Parlaments-Correspondenz geschrieben:

„Die mit der Parlamentarisierung eintretenden Veränderungen in einer Reihe von Reichsämtern werden nicht ohne nachhaltigen Einfluß auf die im Gange oder in Vorbereitung befindlichen Gesetzentwürfe bleiben. In erster Linie wird davon der Arbeitskammergesetzentwurf betroffen werden; es besteht die Wahrscheinlichkeit, daß in dieser Frage die Sozialdemokratie ihren Einfluß hinsichtlich der räumlichen Gliederung der Arbeitskammern, der Errichtung besonderer Arbeitsnachweisabteilungen und der Uebernahme der durch das Hilfsdienstgesetz geschaffenen Arbeiterausschüsse in das Arbeitskammergesetz ebenso wie die Einbeziehung der Landarbeiter durchsetzen wird und daß möglicherweise noch weitergehende Wünsche Befriedigung finden werden. Von den bevölkerungspolitischen Vorlagen dürfte nach Lage der Verhältnisse die Verschärfung der Strafgesetzgebung ernsten Schwierigkeiten begegnen. Für die Regelung der Uebergangswirtschaft sind ebenfalls wichtige Einwirkungen zu erwarten. Das gesamte Gesetzgebungsprogramm der nächsten Zeit wird daher eine wesentliche Umgestaltung erfahren."

In der inneren Politik wird sich natürlich mancherlei ändern müssen!

Ein Stadtverordnetenwahlkompromiß.

In Düsseldorf ist zwischen dem Zentrum und den Liberalen einerseits und den Sozialdemokraten ein Kompromiß geschlossen worden, wonach der Sozialdemokratie bei den kommenden Stadtratswahlen drei Mandate eingeräumt werden. Damit wird die Sozialdemokratische Partei zum erstenmal im Stadtparlament vertreten sein.

Aus aller Welt.

Die Ursachen der Cholerafälle in Berlin festgestellt.

Fünf neue Fälle.

Im Ministerium des Innern gab Ministerialdirektor Professor Dr. Kirchner Aufklärungen über die seit kurzer Zeit in Berlin vorgekommenen Choleraerkrankungen. Bis jetzt sind in Berlin 15 Fälle zur amtlichen Kenntnis gelangt, es handelt sich um 12 Kranke, 2 Verdächtige und einen Bazillenträger. Diese 15 Fälle haben sich sämtlich in Berlin NO um die Linienstraße herum ereignet. Sämtliche Personen, die an Cholera erkrankt waren, haben, wie jetzt festgestellt ist, von der Roßschlächterei im Hause Linienstraße 246 Fleisch bezogen. Ein Angestellter ist dort als Bazillenträger einwandfrei festgestellt worden. Das ganze Personal ist untersucht und die Roßschlächterei geschlossen worden. Der Bazillenträger selbst ist vollständig gesund. Er ist offenbar mit choleraktranken Schiffern, die aus Rußland zugereist waren, in Berührung gekommen. Das Ministerium des Innern hat angeordnet, daß durch die Polizei die Vorschriften für Choleraverdächtige in Erinnerung gebracht werden. Ferner soll in den Krankenhäusern das Aerzte- und Pflegepersonal mit Cholera-schutzserum geimpft werden.

Die Falläpfel des Herrn v. Oldenburg-Januschau.

Der Welt am Montag wird berichtet: Vom Gut des bekannten M. d. R. Herrn v. Oldenburg auf Januschau wurde vor einigen Tagen die Gärtnersfrau mit Falläpfeln nach Rosenberg, der seinem Gut zunächst gelegenen Kreisstadt, geschickt. Die Frau mußte für das Pfund 60 Pfennig verlangen, während der Höchstpreis noch der Bekanntmachung im Amtsblatt nur 15 Pfennig beträgt. Als die Frauen in Rosenberg sich weigerten, den geforderten Preis zu zahlen und der Gärtnersfrau das Amtsblatt zeigten, fragte diese telephonisch in Januschau an, ob sie für 15 Pf. verkaufen sollte. Hierauf wurde ihr befohlen, sofort einzupacken und mit dem Obst nach Hause zu kommen.

Herr v. Oldenburg gehört zu den lautesten Rufern nach der Aufhebung der Höchstpreise und der Rationierung. In seiner agrarischen Praxis scheint er seine Forderungen schon verwirklichen zu wollen.

Schwere Explosionskatastrophe in Amerika. Amsterdam, 6. Oktober. Reuter berichtet aus Neuyork vom 5. Oktober: Heute morgen fand in der Granatenfabrik in Morgan (Neujersey) eine heftige Explosion statt. Die Erschütterung war auf große Entfernungen zu verspüren. Der größte Teil des Personals konnte rechtzeitig in Sicherheit kommen, aber, wie verlautet, werden nichtsdestoweniger viele vermißt. Die anderen Munitionsfabriken in der Nachbarschaft werden vom Funkenregen bedroht. Die Behörden ordneten die Räumung aller Ortschaften auf eine Entfernung von 10 Meilen im Umkreise von Morgan an. Der Brand wütete mit solcher Heftigkeit, daß sich die Feuerwehren Morgan nicht nähern konnten. Große Mengen Explosivstoffe wurden in der Erde vergraben, um die anderen Fabriken zu retten. 60 000 Bewohner verlassen den Bezirk. Auf den Wegen begegnen sich Scharen von Flüchtlingen. Die Verletzten wurden in Wagen fortgeschafft. Die Explosion war in Newyork hörbar, man meinte, eine Artillerieschlacht zu hören.

Kohlenmangel. Kassel, 4. Oktober. Hier hat die Große Straßenbahn wegen Kohlenmangels ihren Betrieb eingestellt.

Ein früherer Reichstagsabgeordneter als Kleiderschmuggler. Im Zusammenhang mit dem umfangreichen Kleiderschmuggel von Neidenburg nach Mlawa in Russisch-Polen, über den seinerzeit berichtet wurde, ist der frühere Reichstagsabgeordnete Ratsherr und Bahnspedteur Richard Günther verhaftet worden. (B. T.)

Sechzig Personen wegen Brotkartenschwindels verhaftet. Essen, 5. Oktober. Um 36 000 Zentner Mehl wurde der Landkreis Bochum geschädigt, in dem jetzt ein seit Jahren betriebener Brotkartenschwindel aufgedeckt wurde. Beteiligt sind die Angestellten einer großen Druckerei sowie viele andere Personen. Bisher wurden sechzig Verhaftungen vorgenommen. (B. T.)

Die Grippe in Frankreich. Genf, 4. Oktober. Aus den verschiedensten Gegenden melden die französischen Provinzblätter jammervolle Zustände infolge der sogenannten Grippe, die aber eine Art von Pest ist. Ganze Familien sind beispielsweise in Auch und Nion hingeroffen worden. Das Volk fängt an, Bittgänge einzurichten, um das Ende der Epidemie zu erflehen.

Schneefall in den Pyrenäen. Genf, 4. Oktober. In den Ost-Pyrenäen ist bereits bis tief hinab in die Täler in 800 Meter Höhe Schnee gefallen, was ein ganz außergewöhnlich seltenes Ereignis ist. Das Massiv von Canigon ist vollständig mit Schnee bedeckt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519181007-13/fragment/page=0003

Ein gefährliches Experiment.

In diesen Kriegstagen, da die Luft über den Fronten wimmelt von „fliegenden Menschen", die dort oben so sicher ihre Kreise ziehen wie schwebende Vögel, ist es von besonderem Interesse, jener Vorläufer zu gedenken, die als erste im Schweiße ihres Angesichts bemüht waren, das Problem der „Luftoeroberung" zu lösen. Zu ihnen gehörte auch der Ulmer Schneider Albrecht Berblinger, dessen Leben uns Max Eyth im „Schneider von Ulm" so prächtig geschildert hat*). Wie packend wird uns hier der glühende Erfindergeist nahegebracht, der schon im Knaben aufloderte und ihm nicht Ruh ließ bei Tag und Nacht! Eine Episode — man muß sie tragikomisch nennen — soll hier aus dem Eythschen Roman wiedergegeben werden. Berblinger hauste noch als Zögling in der Klosterschule zu Blaubeuren, als er schon seine ersten Luftschifferversuche anstellte. Zur Werkstatt hatte er sich die verlassene alte Klosterkirche erkoren, und hierher schlich er des nachts, um wieder und wieder das Erdachte zu probieren. Die letzte Nacht, die ihm seine Entlassung aus der Schule eintrug und ihn auf den Schneidertisch drängte, beschreibt Eyth so:

Zunächst schob Berblinger einige schwere Bretter, die gegen die Rückseite des Hochaltars gelegt waren, auf die Seite. Unter denselben lagen drei kleine zerdrückte Papierkugeln, die er mit dem Fuße wegstieß, um eine mehr als mannslange Masse ähnlichen Papiers hervorzuziehen, welche er sorgfältig ausbreitete. Sie hatte die Form eines plattgedrückten Schlauchs oder Sacks. Mit großer Vorsicht trug er den rätselhaften Gegenstand nach der Empore am anderen Ende des Chors, von deren Geländer ein Bindfaden herabhing, den er wohl bei früherer Gelegenheit angebracht hatte. Ein paar gefährlich wackelnde Böcke, die Maurern gedient haben mochten, ermöglichten es ihm, das herabhängende Ende der Schnur zu erreichen und den Papierschlauch daran aufzuhängen, so daß sein unteres Ende etwa einen Meter vom Boden entfernt war. An diesem Ende befand sich ein rundes Loch, durch das er mit dem Arm und schließlich mit dem ganzen Oberkörper in das Innere des Papiermantels schlüpfen konnte und denselben nach allen Seiten ausbauschte. Das wunderliche Ding nahm mehr und mehr die Form einer unregelmäßigen Kugel oder eines riesigen Kopfes an, der auf zwei Beinen stand. Wer es in diesem Augenblick inmitten des gespenstig erhellten Kirchenchors gesehen hätte, wäre nicht ohne einen gelinden Schreck davongegangen. Einem späteren Geschlecht wäre es allerdings kaum zweifelhaft gewesen, daß es sich um einen Ballon handelte, der auf seine Füllung wartete.

Berblinger schlüpfte jetzt heraus und betrachtete sein Werk mit einem Gefühl von Stolz und Erwartung, das seinen Augen einen seltenen Glanz gab und das Rot auf seine bleichen Wangen trieb.

In der Mitte der Papierhülle hingen Bindfäden bis zur Erde herab. Sie wurden an Sitzen befestigt, die in einem auf dem Boden liegenden runden Brett saßen, auf das er jetzt mehrere Backsteine legte. All diese Gegenstände brachte er hinter dem Hochaltar hervor, wo er ein förmliches Magazin angelegt zu haben schien. Der Rand der Oeffnung am unteren Ende des Schlauchs war durch eine kreisförmig zusammengebundene Weidengerte verstärkt, von der ebenfalls Bindfaden herabhingen. An diese befestigte er jetzt den blechernen Deckel des Topfes, und zwar so, daß dessen hohle Seite nach oben gekehrt war. Auch dies schien ihn lebhaft zu befriedigen. Mit leichten leisen Schritten eilte er wieder hinter den Altar und kehrte mit einem Steinkrug zurück, aus dem er in den als Schale dienenden Deckel eine stark riechende Flüssigkeit goß. Es war roher Zweckgegenbranntwein, den er durch Buschs Vermittlung von einer gutherzigen Wirtin in Sonderbuch erhalten hatte, die sich nicht wenig über die Erteilung der künftigen Seefahrer des Landes entrüstete: „Bier — ja, soviel sie wollten und bezahlen konnten, aber Schnaps!" — Und nun ging es ans Feuerschlagen, und auch das gelang, obgleich nicht ohne Mühe. Ein kleines Flämmchen glimmte zwischen seinen Fingern, und einen Augenblick später brannte eine große blaue Flamme ruhig unter dem Ballon, vor dem er sich, um sie besser beobachten zu können, auf die Knie warf. Man hätte vermuten können, ein Feueranbeter sei in die alte Klosterkirche geraten.

Es war dr fünfte und der weitaus größte Ballon, den er zusammengeklebt hatte. Sie waren stetig gewachsen, und alle hatten bisher im Augenblick ihres Aufstiegs den Weg durch das zerbrochene Fenster genommen, das die Ursache eines lebhaften Luftzugs in dieser Richtung war. Bei den vorangegangenen Versuchen war es ihm nur darum zu tun, die von der verdünnten heißen Luft getragenen Kugeln emporsteigen und dann fliegen zu sehen. Diesmal sollte ihre Tragfähigkeit geprüft werden, denn auch er wollte schließlich, wenn einmal die Klostermauern hinter ihm lagen, Ballons bauen, die ihn selbst über alle Berge trügen, auch wenn er irgendwo auf der Alb Landpfarrer geworden wäre. Dann erst recht! Von oben herunter wie ein Engel vom Himmel, gedachte er seinen Mitmenschen zu erklären, daß eine neue Zeit angebrochen sei, und daß sie alle in Zukunft frei vom Erdenstaub durch die Lüfte fliegen könnten, wenn sie nur wollten.

Jetzt setzte er sich auf einen der breitbaftten Böcke und sah mit leuchtenden Augen, wie sich die Hülle langsam dehnte, als wäre es ein lebendiges Ding, wie hier eine Beule, dort eine Falte verschwand und das Ganze mehr und mehr eine hübsche kugelige Gestalt annahm . . .

Von Zeit zu Zeit speiste er das Feuer unter dem Ballon mit ein paar Bößeln frischen Branntweins, das dann hoch aufflammte und den Ballon in leises Schwanken versetzte. Bereits hing derselbe nicht mehr an dem ihn von oben haltenden Bindfaden, welcher ganz schlaff geworden war, sondern umgekehrt an den sechs Schnüren, die ihn mit dem belasteten Brett am Boden verbanden.

„Wie er fett geworden ist," dachte der junge Erfinder, leise lachend, „und dabei sieht es aus, als ob er atmete wie ein lebendes Wesen. Aber das alles ist nur ein Anfang. Wenn ich einmal die Klostermauern hinter mir habe, sollen ganz andere Dinge gebaut werden. Was ich jetzt mit Müh und Not und in hundert Aengsten zusammenbringe, ist, was der berühmte Montgolfier längst vor mir gemacht hat. Schweben, vom Wind getragen werden, wohin es dem Wind beliebt, das kann jede Feder, jeder Strohhalm, jedes Wölkchen. Ohne Zweifel muß man von einem Ding wie ein Ballon getragen werden, dann aber gilt es zu fliegen, nicht wo der Wind, sondern wo der Wille hinweist. Das soll mein Ziel sein! Dann erst hat die Sache Bedeutung für die Menschen, die wollenden, freien!"

Nun aber war es Zeit. Der Ballon schwebte; seine Hülle fühlte sich fast heiß an. Berlinger stieg auf den Bock, auf dem er gesessen hatte, und schnitt den Bindfaden durch, der schlapp von der Decke hing. Dann rückte er das Brett mit den Ziegelsteinen nach der Mitte des Chors. Der Ballon schwankte hin und her, wie wenn er sich von seinen Fesseln befreien wollte. Er schwebte nun mitten im Mondlicht, das durch die südlichen Chorfenster hereinfiel. Mattblau, aber groß und mutig brannte die Flamme, die ihm Leben gab. Es war herrlich und doch ein wenig grausig anzusehen. Der Junge zitterte jetzt ein wenig, und sein Herz schlug fast hörbar.

Nun nahm er einen Backstein von dem Brett und setzt den zweiten. Mit dem dritten hob sich der Ballon lautlos, langsam; feierlich — mannshoch — zweimal mannshoch. Berblinger stand da, andächtig nach oben starrend, als ob ein Wunder vor ihm aufstiege. Er vergaß noch dem Bindfaden zu greifen, an dem er ihn zurückziehen wollte. Das Ende der Schnur hing schon hoch über seinem Kopf, als ihm dies einfiel.

Und nun, in mehr als halber Höhe des Chors, machte der Ballon eine seitliche Bewegung und zog, ohne anzustoßen, über die Empore weg nach dem westlichen Schiff der Kirche. Bebend vor Aufregung lief Berblinger unter der Empore durch, trat die marische Tür ein, die den Chor von dem Schiff trennte und bemerkte emporsehend, wie der Ballon plötzlich wieder zu steigen begann und sein blaues Flämmchen wie ein grosses Irrlicht schon die Sparren des Dachstuhls erhellte.

Jetzt stieß er an und unerschöpflich, wie nach einem Ausweg suchend, bald nach links, bald nach rechts. Starr, mit dem Gefühl, daß er träume, sah dies Berblinger. Und jetzt — ein jäher Schreck! — stürzte blaues Feuer wie Wasser von oben herunter und droben schlug eine große rote Flamme in die Höhe, aus der Fetzen von Feuer nach allen Seiten herausschossen.

Gleichzeitig wurden außerhalb der Kirche Stimmen laut: „Feuer! Feuer!" — Wütendes Rütteln am Hauptportal, dann dumpfe Schläge und das krachende Einbrechen eines Torflügels.

Berblinger sank auf die Knie, schloß die Augen und drückte sein Gesicht auf die Steinplatten. Die ganze Welt schien ihm in Flammen zu stehen. Er wußte für den Augenblick nichts mehr, was er tat, noch was ihm geschah....

*) Der vortreffliche Roman erscheint gegenwärtig in der illustrierten Wochenschrift „In Freien Stunden" (Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68) mit Bildern von Professor Damberger-München. Wir empfehlen unseren Lesern, besonders auch der reiferen Jugend, die Zeitschrift bei unserer Expedition zu bestellen. Das Heft kostet 20 Pf.

Letzte Lokal- und Provinznachrichten.

Halle, 7. Oktober 1918.

*Die Einnahmen der städtischen Straßenbahn betrugen im September 333 475.30 Mark.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Eier. Dienstag, vormittags 8—12 Uhr: Nr. 44 001—46 500, nachmittags von 2—6 Uhr: Nr. 46501—49500 der Lebensmittelscheine in der Talamtschule. Jede Person ein Ei für 42 Pfennig. Die Eier sind nicht zum Kochen in der Schale.

Gedörrte Aepfel. Dienstag, vormittag 8—12 Uhr: Nr. 4001 bis 5500, nachmittags von 2—6 Uhr: Nr. 5501—8000. Jede Person 1/8 Pfund für 40 Pfg. in der Talamtschule.

Quark. Dienstag auf Abschnitt 2 des neuen Einkaufsscheins über Molkereierzeugnisse in den folgenden Stellen: Jäsch, Große Brunnenstraße 36, Schwente, Beesener Straße 68, Schönherr, Grünstraße 12 und in der Verkaufsstelle der Merseiter Molkerei, Freimfelder Straße 8. Zugelassen sind nur diejenigen, welche bei den Vorgenannten zur Kundenliste angemeldet sind. Jedes Kind von 6—12 Jahren 1/2 Pfund für 27 Pf. Die Abschnitte verlieren mit dem Tage des Aufrufs ihre Gültigkeit. Nachträglicher Verkauf kann nicht mehr stattfinden.

Bekanntmachung.
Merkblatt für Verhaltungsmaßregeln gegenüber elektrischen Freileitungen.

Gültig ab 1. Juli 1914.

Wie verhält man sich gegenüber elektrischen Freileitungen?

Die Berührung aller elektrischen Leitungen ist zu vermeiden.

Nicht nur die Berührung der durch rote Blitzpfeile und durch Warnungsschilder der Masten gekennzeichneten Leitungen ist lebensgefährlich, sondern auch nicht gekennzeichnete Leitungen können unter Umständen, die der Laie nicht beurteilen kann, Gefahren bringen.

Bei allen Arbeiten in der Nähe von elektrischen Leitungen, z. B. Beim Fällen von Bäumen, beim Aufstellen von Gerüsten für Bauten und Brunnenbohrungen, beim Aufrichten von Leitern zum Obstpflücken und zum Feuerlöschen u. dergl. ist die Berührung der Leitungen, der Isolatoren und der an Holzmasten angebrachten Eisenteile, auch der Ankerdrähte, zu vermeiden.

Müssen Arbeiten in solcher Nähe von elektrischen Leitungen vorgenommen werden, daß eine Berührung vorkommen könnte, so ist die nächste Betriebsstelle der Ueberlandzentrale (des Elektrizitätswerkes) vor Beginn der Arbeiten davon zu verständigen.

Bei Bränden ist die nächste Betriebsstelle sofort zu benachrichtigen. Hochspannungsleitungen sollen nicht angespritzt werden.

Transformatorenhäuschen dürfen durch Unbefugte nicht betreten, Leitern an sie nicht angelegt werden.

Zu der Nähe elektrischer Leitunen Drachen steigen zu lassen, ist gefährlich, ebenso das Erklettern von Leitungsmasten.

Gerissene, von den Masten herabhängende oder am Erdboden liegende Leitungen zu berühren, ist gefährlich. Vorübergehende sind in solchen Fällen zu warnen. Die nächste Betriebsstelle der Ueberlandzentrale (des Elektrizitätswerkes) ist auf schnellstem Wege, womöglich telephonisch oder telegraphisch, zu benachrichtigen.

Einen Verunglückten, der noch mit der Leitung verbunden ist, anzufassen, ist lebensgefährlich; nur durch sachgemäßes Eingreifen kann ihm geholfen werden.

Bei der Hilfeleistung ist zu beachten:

Die Leitung ist stromlos zu machen oder der Verunglückte von ihr zu trennen. Er darf dabei nicht an nackten Körperteilen angefaßt werden. Der Helfer muß seine Hände mit einem trockenen Tuch umwickeln (z. B. in die Aermel der ausgezogenen Jacke stecken) und sich, wenn möglich, ein trockenes Brett unterlegen.

Bei Bewußtlosen ist so schnell wie möglich künstliche Atmung anzuwenden und bis zu vier Stunden fortzusetzen, wenn nicht inzwischen der Arzt aus sicheren Anzeichen den Tod festgestellt hat.

Zwecks künstlicher Atmung legt man den Verunglückten auf den Rücken, öffnet alle beengenden Kleidungsstücke und schiebt ein Polster (z. B. einen zusammengerollten Rock) unter die Schultern, faßt mit einem Taschentuch die Zunge des Betäubten, zieht sie kräftig heraus, um die Luftwege freizumachen, und bindet die Zunge mit dem Tuche an dem Kinn fest. Man kniet hinter dem Verunglückten nieder, das Gesicht dem Verunglückten zugewendet, faßt sodann dessen Arme am Ellenbogen, zieht sie über den Kopf, führt sie zurück und drückt sie an den Brustkasten. Die Bewegungen müssen langsam vorgenommen werden, etwa 15mal in der Minute.

Auf alle Fälle ist schleunst ein Arzt zu holen.

Wie sollen sich Kinder gegenüber elektrischen Freileitungen verhalten?

1. Du sollst nicht an Leitungsmasten hinaufklettern!
2. Du sollst nicht auf Bäume, Gerüste oder dergl. klettern, an denen Freileitungen vorbeiführen!
3. Du sollst nicht auf Transformatorenhäuschen und ihre Umzäunungen klettern!
4. Du sollst in der Nähe von Freileitungen nicht Drachen steigen lassen!
5. Du sollst nie einen von einem Leitungsmast herabhängenden oder am Erdboden liegenden Draht berühren!
6. Du sollst an den zur Versteifung der Leitungsmaste dienenden Verankerungen nicht rütteln oder schaukeln!
7. Du sollst nicht mit Steinen oder anderen Gegenständen nach den Porzellanisolatoren oder nach den Leitungsdrähten werfen!
8. Du sollst Transformatorenhäuschen und Schalträume nicht betreten, auch wenn sie offen stehen und unbewacht sind!
9. Du sollst einen an elektrischen Leitungen Verunglückten nicht anfassen, aber du sollst sofort Erwachsene zu Hilfe holen!

Erläuterungen.

Nicht nur die Berührung der durch rote Blitzpfeile und durch Warnungsschilder der Masten gekennzeichneten Leitungen ist lebensgefährlich, sondern auch nicht gekennzeichnete Leitungen können unter Umständen, die der Laie nicht beurteilen kann, Gefahren bringen.

Zu 2. Nicht nur durch die unmittelbare Berührung der Leitungen, sondern auch durch die Berührung von Aesten und Zweigen in der Nähe von Hochspannung führenden Leitungen können Menschen zu Schaden kommen. Besondere Vorsicht ist daher auch beim Abernten der Obstbäume geboten, wenn sie sich in der Nähe von Freileitungen befinden.

Zu 3. An den Transformatorhäusern führen häufig die Leitungen herunter, die beim Erklettern der Häuschen oder Räume erreichbar sind. Diese Leitungen sind zwar vielfach isoliert, doch bietet auch die Isolierung seinen zuverlässigen Schutz, schon deshalb, weil sie im Freien leicht verwittert und dann von der Spannung durchschlagen wird.

Zu 4. Die Drachenschnüre können, besonders wenn sie etwas feucht sind, im Falle einer Berührung mit einer Leitung den Strom gut leiten und so eine Verletzung oder den Tod des die Drachenschnur haltenden Kindes herbeiführen.

Zu 5 und 9. Wird ein abgerissener, herabhängender Draht einer elektrischen Leitung oder eine andere unregelmäßige Erscheinung an der Einrichtung (Feuererscheinung an einem Mast, an einer Verankerung, an einer Erdleitung oder an einer Transformation) beobachtet, oder ist jemand durch Berührung mit der elektrischen Einrichtung verunglückt, so ist für unverzügliche Benachrichtigung der Betriebsleitung des Werkes Sorge zu tragen.

Zu 6 und 7. Abgesehen von allen möglichen Störungen für den Betrieb des Elektrizitätswerkes kann auf diese Weise das Reißen und Herabfallen der Drähte und damit eine Gefährdung der Vorübergehenden herbeigeführt werden.

Zu 8. Die Transformatoren- und Schaltstationen sollen stets verschlossen gehalten werden, so daß sie Unbefugten unzugänglich sind. Es kann jedoch durch Fahrlässigkeit oder infolge Abbrechens eines Schlüssels oder aus einem ähnlichen Grunde doch einmal die Tür eines Transformatorhäuschens unverschlossen bleiben. In einem solchen Falle würde sich, da in einer Transformatorstation ein großer Teil der Einrichtung sich unter Hochspannung befindet, ein den Raum betretender Fachunkundiger in unmittelbare Lebensgefahr begeben.

Halle, den 2. Oktober 1918. **Die Polizeiverwaltung.**

Bekanntmachung.
Markenausgabe für Kleinbeleuchtungsmittel.

I. Petroleum.

1. Kleingewerbetreibende, Heimarbeiter, Heimarbeiterinnen und Landwirte erhalten ab Montag, den 7. Oktober, Petroleummarken mit den Brotmarken in den zuständigen Markenausgabestellen.
2. Gewerbliche Betriebe und Behörden erhalten auf ihre Anträge auf Freigabe von Petroleum besondere Mitteilung.
3. Alle Sonderfälle gemäß A 2 der Bekanntmachung vom 27. September 1918 haben sich an das Büro der städtischen Petroleumkommission im Stadthaus, III. Stock, direkt zu wenden.
4. Das Petroleum ist in den beiden städtischen Ausgabestellen Gr. Märkerstraße 8 und Lessingstraße 39 erhältlich.

II. Kerzen.

1. Haushaltungen, die nachweislich ohne Gas- oder elektrische Beleuchtungseinrichtung sind, erhalten für den Monat Oktober je 1 Kerzenmarke in den zuständigen Markenausgabestellen mit den Brotmarken ab Montag, den 7. Oktober.
2. Berufslich tätige Personen, welche sich am frühen Morgen bei Dunkelheit zu ihrer Beschäftigung begeben, sogenannte Frühaufsteher, erhalten unter der gleichen Voraussetzung wie zu 1. ebenfalls Kerzenmarken in den Markenausgabestellen usw.
3. In dringenden Ausnahmefällen wie 13. werden an Stelle von Petroleummarken auch Kerzenmarken im Büro der städtischen Petroleumkommission verabfolgt.
4. Die Kerzen werden in der Talamtschule verkauft.

III. Calcium-Karbid.

1. Die Marken zum Bezuge von Karbid werden ab Montag, den 7. Oktober, auch in den zuständigen Markenausgabestellen ausgegeben.
2. Großverbraucher erhalten auf ihre Anträge besondere Mitteilung.
3. An Stelle von Petroleum- oder Kerzenmarken können in dringenden Fällen Karbidmarken wie bei 13. und 13. ausgegeben werden.
4. Das Karbid ist bei den in der Bekanntmachung vom 1. Oktober aufgeführten Kleinhändlern erhältlich.

Halle, den 5. Oktober 1918. **Der Magistrat.**

Umpreßhüte
werden angenommen.
Umarbeitungen nach neuesten Formen.
1404]
Große Auswahl neuer
Velour-, Samt- und Filzhüte.
Fritz Mösenthin
Burgstraße 1, gegenüber der Burg.

Möbel auf Teilzahlung.
Empfehle mein großes Lager in 3 Etagen in ganzen Wohnungs-Einrichtungen, sowie einzeln. Möbeln, besonders schöne Schlafzimmer, Bettstellen m. Matratz., Sofas, Kleiderschränke Vertikos, Küchenmöbel aller Art.
Kredit auch nach auswärts.
N. Fuchs, Möbel- Ausstattungs-Geschäft, [1270
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 58, I., II., III. Etage.

Stadtbad.
Haut- und Haarpflege-Räume, „Fara"-Haarkuren erfolgsich, Kopfwäsche, „Fara"-Massagen, Haarentfettungskur, Kräuter-Behandlung. Geschlechts-Kräuter-Dampfbäder, unsichtbare Hautschäkur Pflegt Jugendfrische, beseitigt Erschlaffungen, Beseitigung von Mitessern, Gries, fettig., großporig., sprödes Haut, Sommersprossen, Gesichts-, Nasenröte, Leberfleck., Warzen, Damenbärte schmerz- u. narbenl., Hand- u. Fußpflege. – Tel. 5843. [1601

Der **Wahre Jacob**
Preis 15 Pfennig
Buchhandlung Volksstimme
Halle, Gr. Ulrichstraße 27

Stadt-Theater
Dienstag, den 8. Oktober
Anfang 7,30 Uhr. Ende 10,30 Uhr
Hoffmanns Erzählungen.
Oper von Offenbach.
Mittwoch: Die Schwestern und der Fremde.
Donnerstag: Die toten Augen.
Freitag: Der Wildschütz.
Sonnabend: Faust.
Sonntag nachmittag: Eiga, abends: Fidelio.

Schuhe und Stiefel
werden besohlt und repariert [90
Burgstraße 48, p. r.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170629775191810 07-13/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 232. Halle, Montag den 7. Oktober 1918. 2. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 7. Oktober 1918.

Ueber die Beschaffenheit der Marmelade

schreibt die Reichsstelle für Gemüse und Obst dem L. T.:

Die Wünsche mancher Hausfrauen gehen bekanntlich dahin, man möge ihnen Frischobst nicht zum Frischverzehr, sondern zur Eigenbereitung von Marmelade verabfolgen. Sie übersehen, daß, wollte man somit die Marmeladenversorgung jedem einzelnen Haushalt überlassen, der gewaltige Bedarf von Heer und Marine an Brotaufstrichmitteln keinesfalls befriedigt werden könnte. Ebensowenig aber würde es gelingen, den berechtigten Anspruch der Unbemittelten und des großen Heeres der fest, aber gering Besoldeten auf Marmelade zu erfüllen. Entschiedene Zurückweisung aber verdient die Begründung, mit der von mancher Seite Mißtrauen gegen die unter Aufsicht der Reichsstelle für Gemüse und Obst hergestellte Marmelade in der Bevölkerung zu säen versucht wird. Da wird gesagt, die Hausfrauen hätten die mit Süßstoff statt mit Zucker gelieferte Marmelade satt, die außerdem zu neun Zehntel nicht aus Früchten, sondern aus Rüben und Zuckerrüben bestehe usw. Die Wahrheit ist: 1. Niemals wird bei der unter Aufsicht der Reichsstelle für Gemüse und Obst hergestellten Marmelade im Deutschen Reich Süßstoff verwendet. Vielmehr wird ausschließlich reiner Zucker verarbeitet. 2. Die zur Streckung der Marmelade verwendeten Mittel, hauptsächlich Mohrrüben und Runkelrüben, feine Kohlrüben, haben etwa ein Zehntel bis zwei Zehntel der Marmelade ausgemacht. Noch niemals haben die Streckungsmittel über Zehntel überschritten, geschweige denn, wie die Einsenderin leichthin behauptet, neun Zehntel betragen. 3. Daß schmutzige Rüben und halbfaules Obst zur Herstellung von Marmelade diene, ist bei der sorgfältigen Kontrolle, der die Marmeladenfabriken ständig durch die Reichsstelle und die Kriegsgesellschaft für Obstkonserven und Marmelade unterworfen sind, **völlig ausgeschlossen.**

Die gute Beschaffenheit der seit dem letzten Spätherbst dem deutschen Volke verabfolgten Marmelade wird glücklicherweise in weitesten Kreisen anerkannt. Daran ändern auch vereinzelte Verstöße von Marmeladenfabrikanten gegen Vorschriften der Reichsstelle nichts. Werden solche, insbesondere Fälle von Unsauberkeit, der Reichsstelle pflichtgemäß angezeigt, und zwar mit Nennung der in Frage kommenden Firma, so tritt sofort eine Untersuchung ein. Und zwar wird, wie bisher schon in zahlreichen Fällen geschehen, gegen schuldige Fabrikleiter rücksichtslos mit Schließung des Betriebes vorgegangen.

---

* **Lohnbewegung der Glaser.** Die Zweigstelle Halle des Verbandes der Glaser hatte an die Arbeitgeber die Forderung auf Erhöhung des Stundenlohnes auf 1.50 M. gestellt. Das Verlangen wurde glatt bewilligt, und die neuen Löhne sind bereits am 1. Oktober in Kraft getreten. Allerdings sollen die Meister, welche Arbeit zu den alten Stundenlöhnen angenommen haben, diese nach den alten Löhnen noch fertigstellen können.

* **Fleischmenge.** Die Verbrauchsmenge an Schlachtviehfleisch und Wurst, die in der Woche vom 7. bis 13. d. M. bei den Fleischern auf Grund der Reichsfleischkarte entnommen werden darf, wird auf 200 Gramm festgesetzt. Von den für diese Woche geltenden Fleischmarken können die gesamten Abschnitte zum Bezuge von Schlachtviehfleisch oder Wurst bei den Fleischern, oder zur Entnahme von Fleischgerichten aus Schlachtviehfleisch in den Gast-, Schank- und Speisewirtschaften usw. verwendet werden. Grundsätzlich dürfen bei der Volkerte nur auf 8, bei der Kinderkarte nur auf 4 Fleischmarken je 20 Gramm Schlachtviehfleisch entnommen werden, während die übrigen (2 bzw. 1 Fleischmarke) lediglich zum Bezuge von Wurst berechtigen.

* **Die Inhaber von Gastwirtschaften** werden aufgefordert, die auf ihren Betrieb entfallenden Zuckermarken und Bezugsscheine für Süßstoff, und zwar die Geschäftsinhaber mit den Anfangsbuchstaben A—G am Montag, dem 7., diejenigen mit den Anfangsbuchstaben H—N am Mittwoch, dem 9., diejenigen mit den Anfangsbuchstaben O—Z am Donnerstag, dem 10., und diejenigen mit den Anfangsbuchstaben T—Z am Freitag, dem 11. Oktober d. J., vormittags von 8 bis 12½ Uhr im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, II. Obergeschoß, Zimmer 9, abzuholen. Ein Ausweis ist mitzubringen.

* **Die städtische Handels- und Gewerbeschule für Mädchen** teilt mit, daß bei der **diesjährigen Abschlußprüfung für Handarbeitslehrerinnen** alle Seminarsinnen ihr Ziel erreichten. Es bestanden die Prüfung: Anna Berg, Margarete Fridel, Margarete Göhe, Olga Hampe, Margarete Jäschen, Hertha Kegel, Margarete Kirchert, Ilse Offenau, Hildegard Pforte, Else Plier, Charlotte Schulze, Else Sünern, Charlotte Thieme, Gertrud Tiedge, Hanna Timpernagel und Charlotte Weidner aus Halle, Else Albers aus Schmittersdorf, Alma Behrens aus Scheuebitz, Margarete Born aus Ammendorf, Mimma Herold aus Helfta bei Eisleben, Paula Langentamp aus Teuchern, Marie Merz aus Nieder-Schreiberhau, Gertrud Schnitzler aus Eilenburg, Hanna Ebeling, Gertrud Pfeifer und Gertrud Rohloff aus Weißenfels.

In dem am 15. Oktober **beginnenden Fortbildungskursus für Schneiderei** soll künstlerischer Kleiderschmuck entworfen und ausgeführt werden. Es handelt sich nicht um das Nähen, sondern um das Verzieren von Kleidern durch Perlarbeiten oder Stickereien in Wolle, Seide oder dergleichen. Als kleine, reizvolle Anfangsarbeiten sind gedacht: Schmuckketten, -knöpfe, -schließen, ferner Hut- und Gürtelbänder, Perlwebereien als Kleidbesatz. Der Kursus umfaßt 20 Stunden wöchentlich, 10 Stunden praktische Arbeit, 5 Stunden Zeichnen, 3 Stunden Stilkunde, 1 Stunde Kostümkunde, 1 Stunde Stofflehre. Die Stilkundestunden können von Nichtteilnehmerinnen an dem Kursus eingeln belegt werden. Baldige Anmeldung bei Frau Gehrts-Wildhagen ist erwünscht.

* **300 Mark Belohnung.** Am 3. d. M. ist in Leipzig ein Fuhrwerk, blaugestrichener Tafelwagen mit 2 Fuchsstuten, gestohlen worden. Die Pferde sind 12 bis 15 Jahre alt, jedes hat eine Blesse. Auf dem Wagen haben sich Papp- und Papierballen, eine Dezimalwage, ein Zentner Saatkartoffeln und Papierstücke befunden. Der Dieb ist 30 bis 35 Jahre alt, 1,60 Meter groß, kräftig, hat blondes Haar, blonden Schnurrbart und sogenannte Fliege, spitzes Kinn und ist mit guterhaltenem blauen Jackettanzug, braunen Ledergamaschen und schwarzen Schnürschuhen bekleidet gewesen. Für die Ermittlung des Täters und die Herbeischaffung des Wagens und der Pferde sind **300 Mark Belohnung** ausgesetzt. Sachdienliche Meldungen an die Kriminalpolizei, Dreyhauptstraße 4, Zimmer 36.

* **Warnung.** Durch die mißbräuchliche Benutzung von Wein-, Bier- und Mineralwasserflaschen zur Entnahme und Aufbewahrung von gesundheitsgefährdenden und ekelerregenden Flüssigkeiten (Petroleum, Benzin, Salmiakgeist, Säuren, Laugen usw.) sind wiederholt Unglücksfälle, Vergiftungen und sonstige gesundheitliche Schädigungen vorgekommen. Es wird daher vor der Benutzung solcher Flaschen zum Aufbewahren derartiger Flüssigkeiten dringend gewarnt und empfohlen, hierzu nur die von den Mitgliedern des hiesigen Bezirksvereins im Deutschen Drogisten-Verbande von 1873 (E. V.) eingeführten dreieckigen Flaschen zu verwenden.

Theater, Sehenswürdigkeiten usw.

Stadttheater. Heute Montag: „Das Dreimäderlhaus". Dienstag: „Hoffmanns Erzählungen". Mittwoch: „Die Schwestern und der Fremde". Donnerstag: „Die toten Augen". Freitag: „Der Widschüß". Sonnabend: „Faust".

Aus der Provinz.

Merseburg. Kartoffelpreise im Kreise. Seitens des Landratsamtes sind jetzt die Preise für Herbstkartoffeln festgesetzt worden. Danach haben die Versorgungsberechtigten des Kreises, die sich auf Bezugsscheine eindecken wollen, für den Zentner Kartoffeln zu zahlen: Bei Eindeckung durch den Erzeuger 5.50 M. Grundpreis, 50 Pf. Schnelligkeitsprämie, 5 Pf. Anfuhrprämie für jeden Kilometer und Zentner, also 6 M. je Zentner, ausschließlich der 5 Pf. Kilometer-Anfuhrprämie; bei Eindeckung durch einen Kartoffelhändler den gleichen Grundpreis und die gleiche Schnelligkeitsprämie zuzüglich 25 Pf. Anfuhrprämie und eines Aufschlages von 60 Pf. je Zentner, zusammen also 6.85 M. je Zentner. Bei Lieferung unverlesener Kartoffeln tritt eine Ermäßigung des Grundpreises um 50 Pf. für den Zentner ein. Die Festsetzung des Kleinhandelshöchstpreises wird den Gemeinden überlassen. Bei der Festsetzung dürfen jedoch 7.50 M. für verlesene und 7 M. für unverlesene Kartoffeln nicht überschritten werden.

— Ausgabe von Magermilchkarten. Zur geregelten Verteilung der der Stadt zustehenden Milcherzeugnisse (Mager- und Buttermilch, sowie Quark) werden Magermilchkarten ausgegeben. Kinder unter 6 Jahren und Personen, die bereits Vollmilch beziehen, erhalten daneben keine Magermilch. Verkaufsstellen für die Magermilch bleiben wie bisher die Butterstellen. Die Haushaltungen, die Magermilch beziehen wollen, haben sich von Montag an in die Kundenlisten eintragen zu lassen. Bei der Anmeldung sind das Lebensmittelheft und Altersnachweise für Kinder von 6 bis 14 Jahren und Personen über 60 Jahre vorzulegen, da diese besonders berücksichtigt werden sollen. Die weiteren Bestimmungen sind aus der Bekanntmachung zu ersehen.

— Mit den Bauarbeiten für die neue elektrische Bahnstrecke Merseburg—Rössen ist begonnen worden. Die Absteckung erfolgte in der vergangenen Woche und mit den Arbeiten der Schienenlegung hat man vom Endpunkte der Bahn aus — der Kolonie Rössen den Anfang gemacht. Die Arbeiten werden voraussichtlich so beschleunigt werden, daß die neue Bahn bereits Ende dieses Jahres in Betrieb genommen werden kann. — Auch die Arbeiten an der Staatsbahnlinie Merseburg—Zöschen sind wieder in Angriff genommen.

Naumburg. Vater und Sohn durch ein Geschoß gefallen. Einen erschütternden Tod erlitten der Oberlandesgerichtsrat Hauptmann Arthur Bamberg und sein Sohn Fahnenjunker Friedrich Bamberg aus Naumburg, die beide durch dasselbe feindliche Artilleriegeschoß gefallen sind.

Zeitz. Lebensmittel-Verteilung. In der Woche vom 7. bis 13. Oktober gelangen zur Verteilung: Auf Lebensmittelmarken: Nr. 206: 50 Gramm Graupengrütze, Preis 5 Pf.; Nr. 207: 100 Gramm lose Suppe Nr. 36, Preis 20 Pf., oder Nr. 30, Preis 18 Pf., je nach Vorrat. Die Ausgabe erfolgt zusammen am Freitag dort, wo die Ware bestellt ist. Die Lebensmittelmarken 206 und 207 sind dem Händler bis Montag abends vorzulegen. Die Kousseute geben dieselben gesondert aufgeteilt am Dienstag, dem 8. Oktober, von 8 bis 10 Uhr vormittags, im Zimmer 42 des Rathauses ab.

Klosterlausnitz. Allen Kurgästen die Stiefeln gestohlen. In einem hiesigen Kurhaus wurden nachts sämtliche auf den Korridoren stehenden Schuhe der anwesenden Sommerfrischler gestohlen, sowie eine große Partie Wäsche und Lebensmittel. Sämtliche Behältnisse wurden erbrochen. Ein Polizeihund wurde auf die Spur des Täters gesetzt.

Leuna. Unzulässiges vom Stickstoffwerk. Die Badische Anilin- und Sodafabrik hat manche Gepflogenheit, die für die Arbeiter recht nachteilig ist. Für heute wollen wir einmal darauf hinweisen, daß das Unternehmen zahlreichen Rentenempfängern den Betrag der Rente einfach vom Arbeitslohn abzieht. Und das, obgleich die Arbeiter gegen den Abzug protestieren. Das wird sowohl mit Unfall- als auch Invalidententen-Empfängern so gemacht. **Dieses Verfahren ist natürlich unzulässig;** der Arbeiter hat unter allen Umständen den Lohn zu bekommen, der vereinbart oder versprochen ist. Davon ist auch nicht abzugehen, solange der Arbeiter mit der Lohnkürzung nicht freiwillig einverstanden ist. Die soziale Versicherung ist nicht dazu ins Leben gerufen worden, um den Unternehmern Lohnverkürzungen und Vorteile zu ermöglichen. Obgleich das Werk gezwungen war, für einen Arbeiter, der gerichtliche Schritte unternommen hatte, schon vor einigen Monaten die gemachten Abzüge nachzuzahlen, wird doch sonst das Verfahren bis in die neueste Zeit fortgesetzt.

Wittenberg. Diebeslager. Nach einer Durchsuchung in der Wohnung eines Tabakspinners in der Kurfürstenstraße wurden gestern auf einem Boden unter Heu versteckt eine große Menge frischer Tabakblätter, die auf dem Gute Altsdorf gestohlen waren, gefunden. Weiter hat die Polizei in einem Versteck eine große Menge aus den Reichs-Stickstoffwerken gestohlener Hosen und Jacken vorgefunden und beschlagnahmt.

Eisleben. Mieteinigungsamt des Mansfelder Seekreises. Nun besteht auch ein Mieteinigungsamt für den Mansfelder Seekreis. Zum Vorsitzenden ist Herr Bürgermeister Dr. Heipertz und zum stellvertretenden Vorsitzenden der Kgl. Landrat Herr Geh. Regierungsrat Dr. von Mettenheim, beide in Eisleben, bestellt.

Eisleben. Diebstähle. Einer in der Sangerhäuser Straße wohnenden Frau wurden vor einigen Tagen ein goldener Ring mit Brillanten und ein Kinderring entwendet. — Am 28. v. M. wurde einer auf dem Rommberge wohnenden Frau eine Gans aus dem Hofe gestohlen. Entwendet wurde einer Frau am 30. v. M. aus dem Anlieberaume eines großen Betriebes hier eine Damenuhr nebst langer silberner Kette.

Sangerhausen. Ergötzlicher Reinfall. Die Sangerhäuser Zeitung schreibt: Der Herr Revisor selbst macht sich strafbar, wenn er Fleisch, das er in einer Gastwirtschaft ohne Marken erhalten hat, verzehrt. Das ergötzliche Geschichtchen, das vor einigen Monaten das hiesige Schöffengericht und sodann auch das Landgericht Nordhausen beschäftigte, fand jetzt vor dem Strafsenat des Oberlandesgerichts in Naumburg in dessen letzter Sitzung seinen Abschluß. Der Revisor der Provinzialfleischstelle, Hermann St. in Magdeburg, revidierte, wie seinerzeit gemeldet wurde, die hiesigen Gastwirtschaften, erhielt auf sein Ansuchen auch in der einen Wirtschaft ein Fleischgericht, obgleich er erklärt hatte, keine Marken zu besitzen, und erstattete gegen den Besitzer und den Kellner Anzeige, die zu beider Bestrafung führte. Da der Herr Revisor aber das ihm vorgesetzte Fleisch auch seelenruhig verzehrt hatte, ohne dafür Fleischmarken abzuliefern, so wurde er selbst mit

---

Zwischen Himmel und Erde.

16] Roman von Otto Ludwig.

Fritz Nettenmair meinte den alten Herrn noch zu übertreffen, wenn er noch schriller auf dem Finger pfiff, noch grimmiger hustete und noch entschiedener ausspuckte. Was an dem alten Herrn das wirklich Respektgebietende war, die Folgerichtigkeit, die auch, wo sie in Eigensinn ausartet, Achtung wirkt, die ruhige, in sich gefaßte Würde einer tüchtigen Persönlichkeit, das übersah er. Wie er es selbst nicht besaß, fehlte ihm auch der Sinne, es an andern wahrzunehmen. Stand seine Gestalt überhaupt im Widerspruch mit der Haltung des alten Herrn, die er ihr aufkünstelte, so widersprach ihr seine Unruhe und innere Haltlosigkeit jeden Augenblick. Die diplomatische Art zu reden schien er dem alten Herrn nur abgeborgt zu haben, um seine eigene Oberflächlichkeit und Gehaltlosigkeit zu verspotten. Aus dem steifen Wesen des blauen Rockes fiel er dann zugeiten plötzlich in seine eigene herablassende Jovialität und in eine Region derselben, wo der Spaß den Abstand von Vorgesetzten und Untergebenen mit schmutzigen Fingern auslöschte, als wäre er nie gewesen. Rückte er sich dann eben so plötzlich in der Autorität gewaltsam wieder zurecht, so brachte das die verlorene Achtung nicht wieder, es beleidigte nur. Zu alledem kam noch, daß er sich von manchen seiner Arbeiter übersehen und in schwierigen Fällen sie machen lassen mußte, was sie wollten.

Apollonius dagegen hatte von Natur und aus der Schule beim Vetter, was dem Bruder fehlte; er besaß die Würde der Persönlichkeit, die Folgerichtigkeit bis zum Eigensinn. Seine innere Sicherheit galt; sie mußte sich nicht geltend machen — er war des sichtbaren Mühens um Achtung überhoben, welches so selten seinen Zweck erreicht, ja gemeiniglich ihn verfehlt. Und so gelang es ihm, was er wollte. Bald war die musterhafteste Ordnung beim Bau und alle schienen sich wohl dabei zu befinden; nur Fritz Nettenmair nicht. Das rasche Ineinandergreifen, das wie im Geleise einer unsichtbaren Notwendigkeit ging, machte das Wesen im blauen Rocke, in welchem er sich so groß fühlte, überflüssig. Noch ein Grund zum Unbehagen daran war, daß die neue Ordnung von dem Bruder ausging; von demselben, dem er schon so viel zu verzeihen hatte und dem er immer weniger verzeihen mochte. Er wußte nicht, oder wollte nicht wissen, welchen Zauber eine geschlossene Persönlichkeit ausübt, obgleich er selbst widerwillig sie anerkennen mußte, und noch weniger, daß diese ihm fehlte und der Bruder sie besaß. Er war bei sich einig, der Bruder hatte Mittel angewandt, die zu brauchen er selbst mit Genugtuung sich zu edel fühlte. Dadurch hatte jener die Leute ihm abspenstig gemacht. Apollonius hatte keine Ahnung von dem, was in dem Bruder vorging; der war gegen ihn, wie man gegen Arglistige sein muß, auf der Hut, denn solche Feinde kann man nur mit eigenen Waffen besiegen. Die brüderliche Freundlichkeit und Achtung, mit der ihn Apollonius behandelte, war eine Maske, unter der dieser seine schlimmen Pläne sicher zu verbergen meinte; er vergalt ihm, und machte ihn leichter unschädlich, wenn er unter derselben Maske seine Wachsamkeit verbarg. Die gutmütige Willigkeit Apollonius', sich ihm äußerlich unterzuordnen, erschien dem Bruder wie eine Verhöhnung, an der die Arbeiter, von dem Arglistigen gewonnen, wissend teilnahmen. In seiner Empfindlichkeit griff er selbst nach den Mitteln, die er bei diesem voraussetzte. Offen ihm entgegenzutreten, verhinderte ihn der Umstand, daß Apollonius ihm selbst imponierte, wenn er auch diesen Grund nicht hätte gelten lassen. Er legte den blauen Donnerrock beiseite und stieg bis auf die unterste Stufe seiner Jovialität herab. Er begann, durch Winke, dann allmählich durch Worte, sein Mitleid mit den Arbeitern zu zeigen, die unter der Tyrannei eines wohldienerischen Eindringlings seufzten, wie er ihnen bewies; da er nicht den Mut hatte, sie zu offener Widersetzlichkeit zu reizen, suchte er sie zu einzelnen kleinen Ausgriffen zu verleiten. Er begann sie täglich zu traktieren. Sie aßen und tranken, blieben aber wie zuvor in dem Geleise, das Apollonius vorgezeichnet.

Der gemeine Mann hat den scharfen Blick des Kindes für die Stärken und Schwächen seines Vorgesetzten. Durch dies Bemühen, das sie durchschauten, verlor Fritz Nettenmair noch den letzten Rest seiner Achtung; sie lernten daraus, wenn sie es noch nicht wußten, mit wem sie es verderben durften, mit wem nicht. Und wären sie ungewitzt gewesen, so hätte sie das ungleiche Benehmen des Bauherrn gegen die beiden Brüder bestimmen können. Und da sie nicht so fein waren, und auch nicht die Gründe dazu hatten, wie Fritz Nettenmair, gab sich ihre Meinung unverhohlen kund. Sie nahmen sich Dinge gegen ihn heraus, die ihm zeigten, daß der Erfolg seiner Herablassung ein ganz anderer war, als den er beabsichtigte. Nun zog er zürnend die Wolke des blauen Rockes wieder um sich zusammen, pfiff schrillender als je, so daß es drüben in der großen Glocke wiedertönte; ging auf doppelten Stelzen, zog die Schultern noch einmal so hoch am schwarzhaarigen Kopfe herauf; der Grimm und die Entschiedenheit seines früheren Hustens und Ausspuckens war ein Kinderspiel gegen sein jetziges. Aber die Arbeiter wußten bald, dergleichen geschah nur in Apollonius' Abwesenheit, und dessen zufälliges Kommen brachte, wie der aufgehende Vollmond, die schwersten Gewitter aus der Fassung.

Fritz Nettenmair mußte an der Wiederherstellung seiner verlorenen Bedeutung auf dem Schauplatz der Reparatur verzweifeln. Natürlich schrieb er auch das Ergebnis seiner falschen Maßregeln auf Apollonius' immer wachsende Rechnung. Das Gefühl, überflüssig zu sein, packte ihn, wie den alten Herrn, brachte aber nicht ganz dieselben Wirkungen hervor. Was dem alten Herrn das Gärtchen, das wurde nun dem älteren Sohne der Schieferschuppen. Wenigstens so lange er Apollonius auf seinem Fahrzeug oder auf dem Kirchdache sah. Aber er brachte den blauen Rock nun auch mit in die Wohnstube. Seine Kinder — das war leicht, da er selbst sich nicht um sie bekümmerte — hatte der Bruder ja auch — und natürlich mit schlechten Mitteln — gewonnen. Die schlechten Mittel waren eben die, die er selbst nie anwendete: unabsichtliche Güte und weise Strenge der Liebe. Aber auch in seiner Frau sah er immer mehr etwas wie einen natürlichen Bundesgenossen des Bruders gegen ihn. Das sah er lange vorher, ehe er noch den geringsten wirklichen Anlaß dazu hatte, und das war der Schatten, den seine Schuld in die Zukunft seiner Phantasie warf. Ihr altes Gesetz wird ihn zwingen, durch die Verkehrtheit seiner Abwehrmittel den Schatten selber zur wirklichen, lebendigen Gestalt zu machen und vergeltend in sein Leben hereinzustellen.

Ahnungsvolle Furcht schien ihm, in lichten Zwischenblicken vorüberflatternd, von diesem Kommen zu sagen, das veränderte Benehmen gegen seine Frau müsse es beschleunigen. Dann war er plötzlich doppelt freundlich und jovial gegen sie, aber auch diese Jovialität trug ein Etwas von der Natur des schwülen Bodens an sich, aus dem sie erwuchs.

Man preist ein Heilmittel gegen solche **Krankheit**; es heißt Zerstreuung, Vergessen seiner selbst. **Als ob der** Steuermann beim Erblicken des drohenden Riffels, **als ob** man sich da vergessen müßte, wo es doppelt Vorsehen gilt. Fritz Nettenmair nahm es.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170629775191810 07-13/fragment/page=0005

unter Anklage gestellt und zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Auch der Naumburger Strafsenat bestätigte am Mittwoch dies Urteil, indem er die Revision des Herrn Revisors auf dessen Kosten verwarf.

Jessen (Elster). Ein richtiger „Hamster" gefaßt. Durch die Bahnhofswache wurde hier ein Mann angehalten, der Hamsterware nach Berlin schaffen wollte. In seinem Gepäck befanden sich 26 Stückchen Butter, ¼ Zentner Mehl, 66 Stück Eier, 1 Brot, 11 Pfund Gerste und 5 Pfund Speck. Diese Waren sind beschlagnahmt worden. Durch die Ermittlung wurde festgestellt, daß der Mann von einer Frau 15 Stückchen Butter auf einmal erhalten hat.

Rußland und der Brester Frieden.

Der Frieden mit der Türkei aufgehoben. Von Deutschland die freiwillige Aufhebung erwartet.

Die erwartete Entwicklung hat sich vollzogen. Rußland hat den mit der Türkei in Brest-Litowsk abgeschlossenen Frieden für null und nichtig erklärt. Ueber die Gründe dieses voraussichtlich rasch vorübergehenden Nebenkriegszustandes unterrichtet folgende Note, die, wie der Korrespondent des Neuen Wiener Journals, Dr. Friedegg, erfährt, von der Räteregierung der Türkei übersandt worden ist:

Durch den Friedensvertrag von Brest-Litowsk vom dritten März d. J. sind zwischen Rußland und der Türkei neue politische und territoriale Beziehungen geschaffen worden. Der Artikel IV des Vertrages von Brest-Litowsk gewährte der Bevölkerung der Provinzen von Kars, Ardahan und Batum, die vorher ein Bestandteil der russischen Republik waren, das Recht, ein neues Regime im Einvernehmen mit den benachbarten Staaten, insbesondere mit der Türkei zu errichten. Das Schicksal dieser Gebiete, ihre internationale Lage sollte bestimmt werden durch den Willen ihrer Bevölkerung. Indessen wurden seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages diese Distrikte **von den ottomanischen Truppen besetzt,** und es wurden dort die Einrichtungen der militärischen Okkupation geschaffen, begleitet von

Räubereien und unerträglichen Plünderungen

und Akten der Grausamkeit gegen die friedliche Bevölkerung. Zugleich mit der Einführung der türkischen Herrschaft wurde die gewaltsame Rekrutierung der männlichen Bevölkerung, vom 19. Lebensjahr angefangen, durchgeführt. Die Bevölkerung, deren freier Willensausdruck durch die neue Ordnung der Dinge festgestellt werden sollte, wurde terrorisiert und in Lebensbedingungen gebracht, von denen man nur sagen kann, daß sie eine Komödie und einer Beleidigung des Begriffs Recht sind. Die angesehenen Bürger der Provinzen, deren Einfluß sich zum Schaden der Türkei hätte geltend machen können, wurden ausgewiesen oder verhaftet und in vielen Fällen füsiliert. In diesen und anderen

Grausamkeiten gegen die Bevölkerung

der von Rußland abgetretenen Provinzen sieht die Sowjetregierung eine wesentliche Verletzung des Artikels IV des Vertrages von Brest-Litowsk.

Durch den Friedensvertrag sollten ferner die militärischen Operationen zwischen Rußland und der Türkei beendet werden. Statt dessen wurden nach der Unterzeichnung des Vertrages

die Feindseligkeiten von der Türkei wieder aufgenommen

und dauern bis heute fort. Reguläre türkische Truppen, verbunden mit Banden von Räubern, halten Gebiete besetzt, die zur russischen Republik gehören, bringen über Städte und Dörfer Plünderung und Verwüstung, massakrieren die christliche Bevölkerung, Frauen und Kinder nicht ausgenommen, und behandeln die Menschen mit unerhörter Grausamkeit. Die Sowjet-Regierung hat mehrfach gegen die Fortsetzung dieser Feindseligkeit durch die Türkei protestiert. Schließlich unternahm im Juli d. J. die ottomanische Armee eine

Expedition gegen Baku,

und nach einem heroischen Widerstand der Sowjettruppen gegen die erdrückende Uebermacht des Gegners fanden die Türken den Weg nach Baku, eine der bedeutendsten Städte der russischen Republik. Auf alle Proteste der Sowjet-Regierung antworteten die Bevollmächtigten der ottomanischen Regierung mit klaren und einfachen Ableugnungen und dann mit der Behauptung, es wären nur irreguläre lokale Banden, die vor Baku operierten, bis schließlich in Wirklichkeit eine reguläre türkische Armee Baku angriff und am 30. Juli der General Schewket Pascha die Einwohner der Stadt aufforderte, sich bedingungslos zu ergeben.

Jetzt, wo die Stadt genommen ist und die türkische Armee sich im Herzen der Stadt befindet, jetzt, wo die Bevölkerung wehrlos und die Stadt Tag für Tag das Objekt der grausamsten Plünderung ist, ihre Bevölkerung das tägliche Opfer von Massakers und andern Akten der Gewalt, und zwar sowohl von regulären türkischen Truppen, wie von tartarischen Banden, die mit den regulären türkischen Truppen verbunden sind; jetzt erweist sich die Behauptung der türkischen Bevollmächtigten, daß der Angriff gegen Baku nur das Werk von lokalen Banden sei, als ein Manöver, als das Gegenteil der Wahrheit, bestimmt, Akte der Grausamkeit der Türkei zu verschleiern und die systematische Verletzung des Brest-Litowsker Vertrages zu verbergen.

Die ottomanische Regierung hat sechs Monate lang unausgesetzt den Vertrag von Brest-Litowsk trotz aller Proteste der Sowjetregierung verletzt. Und jetzt endlich hat sie ihre Taten gekrönt, indem sie eine der wichtigsten Städte der russischen Republik eingenommen und in eine schreckliche Ruine verwandelt hat. Dadurch hat die ottomanische Regierung gezeigt, daß der Vertrag von Brest-Litowsk, der zwischen der Türkei und Rußland geschlossen wurde, nicht mehr in Kraft ist.

Die Regierung der russischen sozialistischen Föderativ-Republik ist gezwungen, festzustellen, daß infolge der Handlungen der ottomanischen Regierung der Vertrag von Brest-Litowsk, der zwischen Rußland und der Türkei friedliche Beziehungen herstellen sollte, null und nichtig ist.

Gezeichnet Tschitscherin.

Diese Note hat ihre Vorgeschichte. Ende September ging ihr eine andere voraus, in der Rußland verlangte, die Türkei solle ihre Truppen hinter die vertraglich festgesetzten Grenzen zurückziehen, zur Feststellung der Schäden solle eine internationale Kommission eingesetzt werden und die deutsche Regierung solle die Durchführung dieser Bedingungen garantieren. Die Türkei versprach Antwort bis zum 30. September, verzögerte aber die Antwort bis zum 2. Oktober und erklärte dann, die Zurückziehung der regulären Truppen sei schon im Zuge. Darin, daß von den Irregulären nicht die Rede ist, sieht die russische Regierung eine Nichterfüllung ihrer Bedingungen, und sie findet die Antwort auch sonst unpräzis.

Darum erfolgte die Aufhebung des Friedenszustandes.

Rußland befindet sich also im Kriegszustand mit der Türkei, was auch die Wiederaufnahme des Kriegszustandes mit Deutschland bedeutete, wenn dieses seinem Bundesgenossen Waffenhilfe leistete. Indes dürfte diese Episode durch größere Ereignisse bald überholt werden. Ein erstes Stück des Friedens von Brest ist gefallen, die anderen werden folgen, das Ergebnis aber dürften nicht neue Kriege, sondern der allgemeine Frieden sein!

Daß Rußland die Aufhebung des Brester Gewaltfriedens durch Deutschland erwartet, um nicht zu sagen fordert, geht auch aus folgender

Note Rußlands an Deutschland

hervor, die vom 2. Oktober datiert ist:

Radek, der den unsere Auslandspolitik leitenden Kreise nahesteht, legt in seinen Aufsätzen die grundlegenden Anschauungen dieser Kreise nieder. Dieses bezieht sich jedoch nicht auf die innere Politik; deshalb hatte sein Artikel über den „Roten Terror" seinerzeit keine politische Bedeutung, sondern war nur Ausdruck seiner Privatmeinung. Ganz anders verhält es sich mit seinen Aufsätzen über die Außenpolitik. In seinem am 1. Oktober in Iswestija veröffentlichten Artikel Der Schatten Rußlands muß man folgende seiner Worte besonders unterstreichen:

„Schweigend zeigt Rußland dem deutschen Volke seine Wunden. Jetzt, wo das deutsche Volk schwere Prüfungen erlebt, gibt es auch im Herzen des russischen Volkes keine Freude. Das russische arbeitende Volk ersehnt keinen Sieg der amerikanischen und Londoner Börse, es spürt jetzt an seinem eigenen Leibe, was „die Befreiungsziele" des anglo-französischen Imperialismus bedeuten. Das russische Volk hat mit dem deutschen Imperialismus keinen Verständigungsfrieden schließen können, dieser hat ihm vielmehr einen harten Machtfrieden aufgezwungen. Im Augenblick der

schicksalsschweren Krise des deutschen Imperialismus

sagen die russischen Volksmassen zu ihm nicht: „Gib wieder, was Du genommen hast"; sie wissen, daß der deutsche Imperialismus ihnen schwerlich das freiwillig wiedergeben wird, was er ihnen in dieser Weise genommen hat. Die Politik des Wahnsinns, die alle imperialistischen Staaten kennzeichnet, wird kaum diesen vernünftigen Schritt zulassen, einen Schritt, der die Lage Rußlands erleichtern könnte, und es ihm ermöglichte, seine eigenen Interessen gegen die Verbündeten ohne ein Bündnis mit dem deutschen Imperialismus zu verteidigen und die Bestrebungen des anglo-amerikanischen Kapitals zur Wiederschaffung einer Ostfront gegen Deutschland zu durchkreuzen."

Dieses spiegelt im gegenwärtigen Momente buchstäblich unsere Empfindungen wider: wir zeigen schweigend unsere Wunden **und nehmen an, daß der Schritt, der für Deutschland selbst vorteilhaft wäre, von ihm selbst auch unternommen werden wird.**

Der von Rußland angeregte Schritt liegt in der Richtung der von den Vertretern der sogenannten „östlichen Orientierung" empfohlenen Lösung. Deutschland soll den Frieden von Brest revidieren, um seine Stellung gegenüber England-Amerika zu stärken. Dazu scheint es aber jetzt zu spät. Die Revision von Brest dürfte auf der allgemeinen Friedenskonferenz erfolgen.

England und der Systemwechsel in Deutschland.

Rotterdam, 3. Oktober. Die liberalen „Daily News" befassen sich eingehend mit der in Angriff genommenen Parlamentarisierung Deutschlands und vertreten den Standpunkt, daß diese Neuordnung unter Umständen eine Annäherung zwischen den beiden kriegführenden Gruppen zur Folge haben könnte. Das Blatt meint, daß die Verantwortung der Regierung gegenüber dem Parlament das Ende des bisherigen Regierungssystems bedeuten würde. Im Zusammenhang mit einer gründlichen Reform des Bundesrats würde die kommende neue Regierung in Deutschland im allgemeinen den Voraussetzungen entsprechen, die Präsident Wilson für eine Beendigung des Krieges für erforderlich hält.

Eine Wiener Stimme zum deutschen Systemwechsel.

Wien, 4. Oktober. Das Neue Wiener Tagblatt begrüßt aufs freudigste die Demokratisierung der deutschen Regierung und schreibt: Darauf kommt alles an, daß die neue Regierung sich auf das Vertrauen des ganzen Volkes stützt, aber auch von dem Vertrauen der Bundesfürsten getragen wird. Die neue deutsche Regierung will Deutschland und der Welt den Frieden bringen. Das kann sie nur, wenn sie beweist, daß das demokratische Deutschland die geringste Angriffslust, aber die höchste Verteidigungskraft und den unerschütterlichsten Willen zur Selbstbehauptung besitzt.

Ein dänisches Blatt über die internationale Lage.

Kopenhagen, 4. Oktober. Zur gegenwärtigen internationalen Lage schreibt Extrabladet u. a.: Man kann in Wahrheit sagen, daß die Stunde, in der wir uns befinden, groß und wichtig ist. Wir befinden uns an einem entscheidenden Wendepunkte der Weltgeschichte. Noch kann man nicht sehen, nach welcher Seite die Wendung vor sich gehen wird. Noch weiß man nicht, ob der Frieden kommt oder ob der Krieg in den letzten großen Abschnitt eintreten soll, der unzweifelhaft das größte und furchtbarste Schauspiel wird, das man je erlebt hat. Wenn die Erfolge der Feinde in einem Uebermut zum Ausdruck kommen, wird den Frieden mit Deutschland unmöglich macht, so wird dieses die Einleitung zu einem Kampfe bilden, den die Welt noch nicht erlebt hat.

Einstimmige Billigung der bulgarischen Schritte durch die Sobranje.

Sofia, 4. Oktober. (Bulg. T. B.) Die geheime Sitzung der Sobranje, welche nicht weniger als fünf Stunden dauerte, und in welcher die Vertreter aller parlamentarischen Parteien nach der Reihe ums Wort baten, um sich über ihre Auffassungen auszusprechen, schloß mit folgender einstimmig angenommener Tagesordnung: Nachdem die Nationalversammlung die Erklärung des Ministerpräsidenten über die Gründe, die zum Abschluß des Waffenstillstands mit den Ententestaaten führten, gehört hat, billigt sie das Vorgehen der Regierung und geht zur Tagesordnung über.

Zur Jahresfeier der Oktober-Revolution.

Moskau, 2. Oktober (Rosta). In allernächster Zeit wird die Herausgabe einer populären Broschüre geplant, in der ein Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit aller Kommissare seit der revolutionären Umwälzung niedergelegt wird. Diese Berichte sollen auch ziffernmäßige Daten enthalten. Die Broschüre unterliegt der Redaktion des Genossen Lenin.

Daneben wird anläßlich der Jahresfeier der Oktober-Revolution die Herausgabe eines ganzen Bandes über die Tätigkeit aller Kommissariate beabsichtigt. Es werden darin auch Berichte von andern leitenden Organisationen, dem Zentral-Exekutiv-Komitee, den Partei-Organisationen usw. enthalten sein. Der fragliche Band wird in fünf europäischen Sprachen herausgegeben werden

Politischer Mord in Warschau.

Berlin, 4. Oktober. Auf offener Straße wurde in Warschau, wie von dort gemeldet wird, der Chef der politischen Polizei im deutschen Polizeipräsidium, Dr. Schulze, von zwei Männern durch vier Revolverschüsse getötet. Wie die Warschauer Blätter melden, dürfte es sich dabei um einen politischen Racheakt handeln. Die deutschen Behörden haben eine Belohnung von 10 000 M. auf die Ergreifung der Mörder ausgesetzt.

Die russische Schwarz-Meerflotte.

Berlin, 4. Oktober. Das russische Linienschiff Wossja und eine Reihe anderer russischer Einheiten sind von deutschen Marinesoldaten besetzt worden. Die verbündeten Schiffe im Schwarzen Meer erhalten durch diese Maßnahme eine wesentliche Verstärkung. Bisher unterstanden die besetzten Schiffe lediglich deutscher Kontrolle. Die Maßnahme der Leitung der Marine ist im Einverständnis mit der Moskauer Regierung erfolgt.

Das Gespenst in der Kirche.

Ein flämisches Märchen.

In einem Dorfe lebte einst ein halber Narr, der erhielt alle Tage vom Bürgermeister einen Stüber, damit er für ihn in der Kirche jedesmal ein Gebet verfrage. Da geschah es einmal — es war just in der Zeit von Allerseelen —, daß der Tropf zu lange in der Kirche sitzen blieb. Es ward still gegen Abend, und der Küster, der den Burschen nicht bemerkt hatte, schloß die Tür ab. Als der Narr nun nach Hause gehen wollte, fand er sich eingeschlossen. Er war jedoch schlau genug, um bei sich zu überlegen, wodurch er wohl am besten den Leuten seine Lage verraten könne. Er begann alle Lampen und Kerzen anzuzünden, als er aber sah, daß dieses Mittel nichts half, fiel es ihm plötzlich ein, die Glocken zu läuten. Im Turme hingen drei Glocken. Der Tropf befestigte eines der Seile an seinem Fuße, und die beiden anderen bediente er mit seinen Händen. Er zog und stampfte so gewaltig, daß alles Volk nach ward und zur Kirche gelaufen kam. Als sie aber sahen, daß die Kirche hell erleuchtet war, wagten sie nicht, näher zu kommen, denn sie glaubten, daß ein Gespenst darin säße. Auch machte der Dorfgendarm, der sich wohl am meisten von allen fürchtete, dem Volke weis, daß das Gesetz es verbiete, so in die Kirche zu dringen.

Nach einer Weile kamen auch der Pfarrer und der Küster herbeigelaufen. Der Küster faßte sich ein Herz und, gefolgt vom Pfarrer, dem Gendarmen und allem Volk, ging er in die Kirche hinein. Ihr müßt aber wissen, daß man zu Allerseelen eine Totenbahre mit einem schwarzen Tuche überdeckt in der Kirche aufzustellen pflegt. Wie der Narr nun hörte, daß man die Kirchentüre aufschloß, kroch er schnell unter die Bahre, so daß niemand ihn erblicken konnte. Als alle mit klopfenden Herzen nach dem Spuk umhergeschaut hatten, beschloß der Pfarrer, die Leute zu beruhigen. Er kletterte auf die Kanzel und befahl dem Volke, man solle fünfmal rund um den Kreuzgang gehen und dabei Gebete sprechen, um den bösen Geist zu verjagen.

Der Pfarrer und der Küster taten sich ihr weißes Chorhemd an, und mit dem Kreuze, den Fahnen und all dem übrigen Geräte zogen sie, von allen Anwesenden gefolgt, durch die Kirche. Der Narr aber, der das sah, wollte auch mittun. Er lud sich die Totenbahre auf den Rücken, um als letzter den Zug beschließend, am Kreuzgange teilzunehmen. Aber auf einmal blickte einer der Beter sich um und bemerkte das schwarze Gespenst, das mitten durch die Kirche wandelte. Er stieß einen gellenden Schrei aus, worauf alles Volk sich erschreckt umsah und die wandelnde Bahre gewahr wurde. Und — eins, zwei, drei — waren Pfarrer, Küster, Gendarm und all die übrigen zur Kirche hinaus, als ob ihnen der Teufel im Nacken säße.

Der Narr folgte ihrem Beispiele, er kam unter der Totenbahre hervorgekrochen und ergriff gleichfalls das Hasenpanier. Am anderen Tage aber wußte ein jeglicher im Dorfe zu erzählen, daß in der vergangenen Nacht der Teufel in der Kirche gesessen hatte.

(Aus der Sammlung von Pol de Mont und Alfons de Cock, übertragen von Erika Goetz.)

Vermischtes.

Die Mutter Gottes von Kasan gerettet. Ein in Moskau verübter Kirchenfrevel ruft in allen dortigen Kreisen die Empörung hervor. Das größte Heiligtum der Stadt, das weltberühmte Bild der Mutter Gottes von Kasan, dessen Juwelenschmuck einen kaum schätzbaren Wert darstellt, wurde während des Gottesdienstes gewaltsam dem durch Revolverschüsse schwerverwundeten Priester entrissen. Der Kirchenräuber vermochte in der allgemeinen Panik mit seiner Beute zu entkommen.

Humoristisches.

„Jedes Gespräch 5 Pfennig." Ein Bäuerlein besuchte kürzlich in München, wie die Feldzeitung „Sappe" erzählt, einen Vetter. Zu Hause hatte er nicht mehr Zeit, sich rasieren zu lassen, und so ließ er das in einem Großstadt-Friseurladen vornehmen. An Redseligkeit stehen die Münchener Friseure den Provinzialbarbieren nicht nach, und schon beim Einseifen befragte der Verschönerungskommissar seinen Kunden um das Woher und Wohin usw. Der Mann aber blieb stumm wie ein Fisch. Der Friseur arbeitet fort und fragt unterdessen weiter. Keine Antwort. Erst nachdem er bezahlt hatte, schmunzelte der Bauer, stülpt den Hut über die Ohren und zeigt mit überlegener Miene nach der Wand zum Fernsprecher. Dort hing ein Zettel mit der Aufschrift: „Jedes Gespräch 5 Pfennig." „Mia san nöt so dumm, wiama herschaug'n!" sagte er schlau und verließ lächelnd den Friseurladen.

Präzedenzfall. Der Staatsanwalt verübelte es dem Wirt zum „Roten Ochsen", daß er Fleisch ohne Marken abgegeben hatte. Was aber seiner Anklage den kräftigen Schwung gab, war der Umstand, daß der Angeklagte das Doppelte für seine Schwarzware verlangt hatte. Der Wirt zum „Roten Ochsen" kratzte sich den verwirrten Schädel. „Der Staat — — — —" begann er kleinlaut. „Der Staat weiß, was er tut!" schrie der Staatsanwalt. „Wannst dem Staat keine Mark'n auf Brief 'naufpappst, dann verlangt er auch's Doppelte," sagte der Wirt zum „Roten Ochsen". (Aus der „Jugend".)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519181007-13/fragment/page=0006